

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow

März 2024

++ Bußgeld-Hammer in Berlin: Kippe wegwerfen kostet bald 250 Euro!++

++ Häusliche Gewalt verhindern++


++ Dirk Stettner: „Wir müssen die Asylbewerber arbeiten lassen“++

++ Immer mehr illegale Müllentsorgung: Diese Maßnahmen fordern Berliner CDU-Abgeordnete++

++ Tödlicher Unfall in Mitte: „Das politische Ausschlachten ist unterirdisch“++

++ Nachts auf Berliner Tram-Gleisen bald Güterwagen?++

++ Die Grünen wollen überbelegte Schulklassen verkleinern und dafür ans Schulgesetz++

Datum: 13.02.2024	Medium: Bild Print
	Autor: Hildburg Bruns Thema: Lars Bocian

Bußgeld-Hammer in Berlin: Kippe wegwerfen kostet bald 250 Euro!

Von: HILDBURG BRUNS
01.03.2024 - 19:17 Uhr

Berlin – Die Strafen für Müll-Ferkel werden explodieren: Von Alt-Reifen (800 auf 3500 Euro je Stück) bis Zigarettenkippen (55 auf 250 Euro) soll der Bußgeld-Hammer alle Wegwerfsünder treffen!

„Das ist Absicht und bitter nötig“, sagt der Abgeordnete **Lars Bocian** (54), der den neuen Bußgeld-Katalog in der CDU-Fraktion vorbereitet hat – demnächst werden sich Parlament und Senat damit beschäftigen.



Sperrmüll 4000 Euro, Foto: STEFANIE HERBST

„Denn viele Millionen Steuergelder werden für die Beseitigung von illegal abgelagertem Müll ausgegeben“, so **der Abgeordnete**. Fürs letzte Jahr wird inzwischen mit fast 12 Millionen Euro Kosten gerechnet. **Bocian**: „Nicht einberechnet sind hierbei die Ausgaben von Privaten, etwa von Landwirten am Stadtrand, die dasselbe Problem umtreibt.“

Neben den geplanten Erhöhungen sollen in dem Bußgeld-Katalog auch ganz neue Tatbestände aufgenommen werden:

- Müllsack: 500 Euro je Stück


- ▶ Bauschutt bis 100 Kilo: 25 000 Euro, plus 22 000 Euro je weitere 100 Kilo
- ▶ Gewerbemüll bis 100 Kilo: 25 000 Euro, bei mehr plus 16 500 Euro
- ▶ Gefährlicher Bauschutt (Asbest, Dachpappe, Bitumen) 65 000 Euro, bei mehr plus 45 000 Euro



Bauschutt 25 000 Euro, Foto: STEFANIE HERBST

Ersttäter sollen bei wilden Müllmischungen, z.B. aus Schwarzarbeit, 75 000 Euro zahlen, Wiederholungstäter 85 000 Euro.

Aber werden auch mehr Müllsünder erwischt? „Wenn die Behörden sehen, dass durch höhere Bußgelder auch mehr reinkommt, werden sie motivierter hinterher sein“, so der **CDU-Politiker**.

Datum: 01.03.2024	Medium: B.Z.
	Autor: Hildburg Bruns Thema: Lars Bocian

01.03.2024, 21:38 Uhr

Bußgeld-Hammer für Müll-Ferkel

Kippe wegwerfen kostet bald 250 Euro!

Von Hildburg Bruns

Die Strafen für Müll-Ferkel werden explodieren: Von Alt-Reifen (800 auf 3500 Euro je Stück) bis Zigarettenkippen (55 auf 250 Euro) soll der Bußgeld-Hammer alle Wegwerfsünder treffen!

„Das ist Absicht und bitter nötig, denn es gibt keine Hemmschwelle mehr“, sagt der Abgeordnete **Lars Bocian** (54), der den neuen Bußgeld-Katalog in der CDU-Fraktion vorbereitet hat – demnächst werden sich Parlament und Senat damit beschäftigen.

„Viele Millionen Steuergelder werden für die Beseitigung von illegal abgelagertem Müll ausgegeben“, so **der Abgeordnete**. Fürs letzte Jahr wird inzwischen mit fast 12 Millionen Euro Kosten gerechnet. Bocian: „Nicht einberechnet sind hierbei die Ausgaben von Privaten, etwa von Landwirten am Stadtrand, die dasselbe Problem umtreibt.“

Neben den geplanten Erhöhungen sollen in dem Bußgeld-Katalog auch ganz neue Tatbestände aufgenommen werden:

- ▶ **Müllsack:** 500 Euro je Stück
- ▶ **Bauschutt** bis 100 Kilo: 25.000 Euro, plus 22.000 Euro je weitere 100 Kilo
- ▶ **Gewerbemüll** bis 100 Kilo: 25.000 Euro, bei mehr plus 16.500 Euro
- ▶ **Gefährlicher Bauschutt** (Asbest, Dachpappe, Bitumen) 65.000 Euro, bei mehr plus 45.000 Euro

Ersttäter sollen bei wilden Müllmischungen, z.B. aus Schwarzarbeit, 75.000 Euro zahlen, Wiederholungstäter 85.000 Euro.

Aber, werden auch mehr Müllsünder erwischt? „Wenn die Behörden sehen, dass durch höhere Bußgelder auch mehr reinkommt, werden sie motivierter hinterher sein“, so **der CDU-Politiker**. Mit dem Geld sollen z.B. Müll-Ermittler Umweltsünder ausfindig machen (gibt’s schon in Neukölln). Zudem sollen bekannte Ablagerungsstellen mit Wildtier-Kameras überwacht werden – um die Tiere vor Schadstoffen zu schützen ...

Betont wird in dem neuen Katalog, dass Bußgelder auch übertragen werden können: auf Unternehmen, auf Chefs, die die Anweisung gegeben haben und auf die Kunden.

Datum: 01.03.2024	Medium: t-online
t-online. Nachrichten für Deutschland	Autor: Nils Heidemann Thema: Lars Bocian

Illegale Müllentsorgung

250 Euro für eine Zigarettenkippe: Das plant die Koalition



Von Nils Heidemann

Immer wieder gibt es an Berlins Straßen große Abfallberge. Das will die Koalition ändern – und hohe Bußgelder für illegale Müllentsorgung festlegen. Schwarz-Rot in [Berlin](#) plant, die Bußgelder zur illegalen Müllentsorgung in Berlin massiv zu erhöhen. Das geht aus einem Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen hervor, der t-online vorliegt und im Abgeordnetenhaus diskutiert werden soll. Das illegale Wegwerfen von Zigarettenkippen, Plastiktüten oder Einwegbechern könnte so bald 250 Euro kosten – anstatt der jetzigen 55 Euro. Zuerst berichtete die "Bild".

Die Änderungen seien dringend notwendig, sagt der CDU-Abgeordnete **Lars Bocian**, der den neuen Katalog mitentwickelt hat: "Viele Millionen an Steuergeldern werden für die Beseitigung von illegal abgelagertem Müll ausgegeben", so **Bocian**. "Tendenz stark steigend". Alleine für das Jahr 2023 rechne er mit 12 Millionen Euro Kosten für die Berliner Stadtreinigung (BSR). "Dazu kommen die Kosten in den Bezirken, für Private, hier vor allem Landwirte und in den Forsten", sagt er.

Müllsack illegal entsorgt: 500 Euro Strafe geplant

Auch die BSR stört der illegale Müll. Man stelle fest, dass Menschen ihre Abfälle achtlos auf die Gehwege werfen oder [Sperrmüll](#) auf den Straßen illegal ablagern. Der Sauberkeitszustand werde dadurch stark beeinträchtigt, so Sprecher Sebastian Harnisch zu t-online. "Gegen dieses rücksichtslose Verhalten helfen konsequente ordnungsrechtliche Maßnahmen – im Bereich der Umweltkriminalität auch entsprechendes strafrechtliches Vorgehen", sagt er. Und deshalb soll etwa die Entsorgung von illegalem Sperrmüll laut der Koalition bald nicht mehr ab 150 Euro, sondern 4.000 Euro kosten. Bei mehr als einem Kubikmeter sogar 8.000 Euro. Das Bußgeld für die illegale Entsorgung von

Altreifen könnte bald pro Stück nicht mehr 800, sondern 3.500 Euro kosten. Entfernt ein Hundehalter den Kot seines Tieres nicht, sind laut Plan 80 Euro fällig. Bisher lag das Bußgeld hier bei 55 Euro.

Doch Schwarz-Rot will nicht nur die Erhöhung des Bußgeldes für bestehende Tatbestände – es sollen auch neue hinzukommen. Pro Müllsack, der illegal abgeladen wird, könnte es den Berliner bald 500 Euro kosten. Wer Bauschutt bis 100 Kilogramm illegal wegwirft, muss dem Antrag nach 25.000 Euro zahlen. Weggeworfener Bauschutt mit gefährlichen Inhaltsstoffen wie Asbest, Dachpappe und Bitumen bis 100 Kilogramm kostet demnach 65.000 Euro. Im Weiteren soll auch zwischen Erst- und Wiederholungstäter unterschieden werden. Für Letztere könnte es in manchen Fällen noch teurer werden.

"Hemmschwelle scheint immer weiter zu sinken"

"Die Hemmschwelle scheint immer weiter zu sinken, Müll und selbst Schadstoffe in der Stadtnatur zu entsorgen", so **Bocian**. Das liege neben steigenden Entsorgungskosten und einer wachsenden Schattenwirtschaft, insbesondere an zu geringen Bußgeldern und einer unzureichenden Verfolgung der Taten. Hohe Bußgelder hingegen würden den Drang dämpfen, Straftaten zu begehen, heißt es im Antrag.

Mit den Einnahmen sollen dann bekannte Ablageorte für illegalen Müll besser überwacht werden, zum Beispiel durch den Kauf von speziellen Kameras. Auch sogenannte Müllermittler sollen zukünftig zum Einsatz kommen.

Datum: 02.03.2024	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Sibylla Knebel

Häusliche Gewalt verhindern

PANKOW. Auf den Anstieg häuslicher Gewalt will die CDU-Fraktion in der BVV mit einer besonderen Maßnahme aufmerksam machen. Auf Initiative ihrer Verordneten Sibylla Knebel stellt sie den Antrag, dass sich das Bezirksamt beim Senat für die Einrichtung eines Pilotprojekts „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ im Bezirk Pankow einsetzen soll. Die CDU-Fraktion möchte das Thema häusliche Gewalt damit stärker ins Bewusstsein der Gesellschaft rücken. Deshalb soll ein gemeinsames Projekt des Bezirks mit dem Verein StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt durchgeführt werden. Im Rahmen eines Projekts wurden dem Verein zuletzt etwa in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Spandau Parkbänke zur Verfügung gestellt, auf denen der Slogan „Hier ist kein Platz für Gewalt an Frauen“ aufgebracht wurde. Damit sollte öffentlichkeitswirksam auf das Thema Partnergewalt sowie auf Hilfsangebote für betroffene Frauen aufmerksam gemacht werden. „Auch in Pankow können solche bemalten Bänke uns alle alltäglich daran erinnern, dass geschlechterspezifische Gewalt uns alle angeht. Die Bänke sollen als Mahnmal an vielen verschiedenen Orten in Pankow dienen“, erklärt Sibylla Knebel. Mit dem Antrag der CDU-Fraktion befasst sich zunächst der Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung. **BW**

Datum: 02.03.2024	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Isabell Jürgens Thema: Dirk Stettner

MIGRATIONSPOLITIK

Dirk Stettner: „Wir müssen die Asylbewerber arbeiten lassen“



CDU-Fraktionschef Dirk Stettner im Berliner Abgeordnetenhaus.

© FUNKE Foto Services | Sergej Glanze

Berlin. CDU-Fraktionschef Dirk Stettner fordert, Hürden in den regulären Arbeitsmarkt zu reduzieren. Und befürwortet eine Arbeitspflicht.

Anzeige



Mehrere Bundesländer haben sich dafür ausgesprochen, in ihren Kommunen eine **Arbeitspflicht für Flüchtlinge** einzuführen, darunter Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Bayern. Das ergab eine Umfrage des „RedaktionsNetzwerk Deutschland“. [Der Saale-Orla-Kreis in Thüringen plant als erster Landkreis in Deutschland die Durchsetzung einer Arbeitspflicht für Asylbewerber.](#) Auch in Berlin wird die Arbeitspflicht diskutiert. CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** sagte der Berliner Morgenpost am Sonnabend, dass er der Arbeitspflicht für Asylbewerber positiv gegenüber stehe.

„Wir müssen die Asylbewerber arbeiten lassen“, sagte der Landespolitiker. Je schneller Asylbewerber jeden Tag arbeiteten, um so schneller würden sie integriert. Das sei sozial- wie auch arbeitsmarktpolitisch sinnvoll. **Integration gelinge am besten am Arbeitsplatz** und nicht in abgeschotteten Massenquartieren. Auch hier müssten „alte Zöpfe“ abgeschnitten werden.

Zugang zum regulären Arbeitsmarkt reformieren

„Wir befinden uns im Prozess zum Beispiel auch mit der Bundesagentur für Arbeit und werden die Voraussetzungen deutlich vereinfachen“, sagte **Stettner**. „Dabei meine ich nicht nur öffentliche Arbeitseinsätze, wie sie einige Landkreise angekündigt haben“, ergänzte er. Es sollten auch die Hürden in den regulären Arbeitsmarkt weitestmöglich reduziert werden. Zusätzlich sollte es aber auch möglich sein „jegliche sinnvolle Tätigkeit für unsere Gesellschaft von Asylbewerbern ausüben lassen – warum auch nicht? **Wir arbeiten alle für unser Auskommen**“, so der Unionspolitiker weiter.

Ein Sprecher des CDU-geführten Arbeitsministeriums in **Schleswig-Holstein** sagte dem „RedaktionsNetzwerk“, dass die im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehenen Mitwirkungspflichten effektiver durchgesetzt werden müssten. Dabei sei eine flächendeckende Arbeitspflicht für Geflüchtete durchaus vorstellbar.

Saarlands Minister für Arbeit und Soziales, Magnus Jung (SPD), wünscht sich ebenfalls Beschäftigung für Geflüchtete, jedoch auf freiwilliger Basis: „Das Land hat ein Interesse daran, Asylbewerber möglichst schnell in reguläre Beschäftigung zu bringen“, sagte Jung.

Bei Ablehnung können Sozialleistungen gekürzt werden

Im Asylbewerberleistungsgesetz heißt es im Paragraf 5: „Arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind, sind zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit verpflichtet.“ Ferner sieht das Gesetz vor, dass Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften gemeinnützige Arbeit für eine Aufwandsentschädigung von 80 Cent pro Stunde angeboten werden soll. Bei einer Ablehnung können die Sozialleistungen gekürzt werden.

Ablehnend reagierten **Brandenburg** und Hamburg. „Mit dieser **Scheindebatte zur ‚Arbeitspflicht‘** wird nur wieder die falsche Erzählung vom ‚arbeitsscheuen‘ Geflüchteten bedient“, sagte Brandenburgs Integrationsministerin Ursula Nonnenmacher (Grüne). „Die meisten Geflüchteten wollen schnell arbeiten, dürfen das in Deutschland aber oft nicht.“

Der Zugang zum regulären deutschen Arbeitsmarkt ist für neu ankommende Geflüchtete bislang noch stark eingeschränkt. Nach geltender Rechtslage dürfen Asylbewerber frühestens nach drei Monaten einer Arbeit nachgehen - in vielen Fällen gelten noch deutlich längere Fristen.

Datum: 04.03.2024	Medium: Berliner Zeitung
Berliner Zeitung	Autor: BLZ Thema: Lars Bocian, CDU Pankow

Immer mehr illegale Müllentsorgung: Diese Maßnahmen fordern Berliner CDU-Abgeordnete

Allein 2023 hat die Entsorgung von illegal abgelagertem Müll in Berlin 20 Millionen Euro an Steuergeldern gekostet. Die CDU sieht dringenden Handlungsbedarf.

BLZ

04.03.2024 | 21:42 Uhr



Illegal am Berliner Waldrand entsorgter Müll, Sabine Gudath


Höhere Entsorgungskosten, wachsende Schattenwirtschaft, aber auch viel zu geringe Bußgelder und eine unzureichende Verfolgung der Täter führen in Berlin zu immer mehr

illegal abgelagertem Müll. Allein im letzten Jahr habe die Entsorgung in der Hauptstadt fast 20 Millionen Euro gekostet, schreibt die [CDU Pankow](#) auf ihrer Facebookseite.

Es werde auch nicht vor der Entsorgung umweltschädlicher Schadstoffe in die Natur zurückgeschreckt – „nicht zuletzt etwa in den Natur- und Landschaftsschutzgebieten am Pankower Stadtrand wird diese traurige Entwicklung ersichtlich“, heißt es in dem Post.

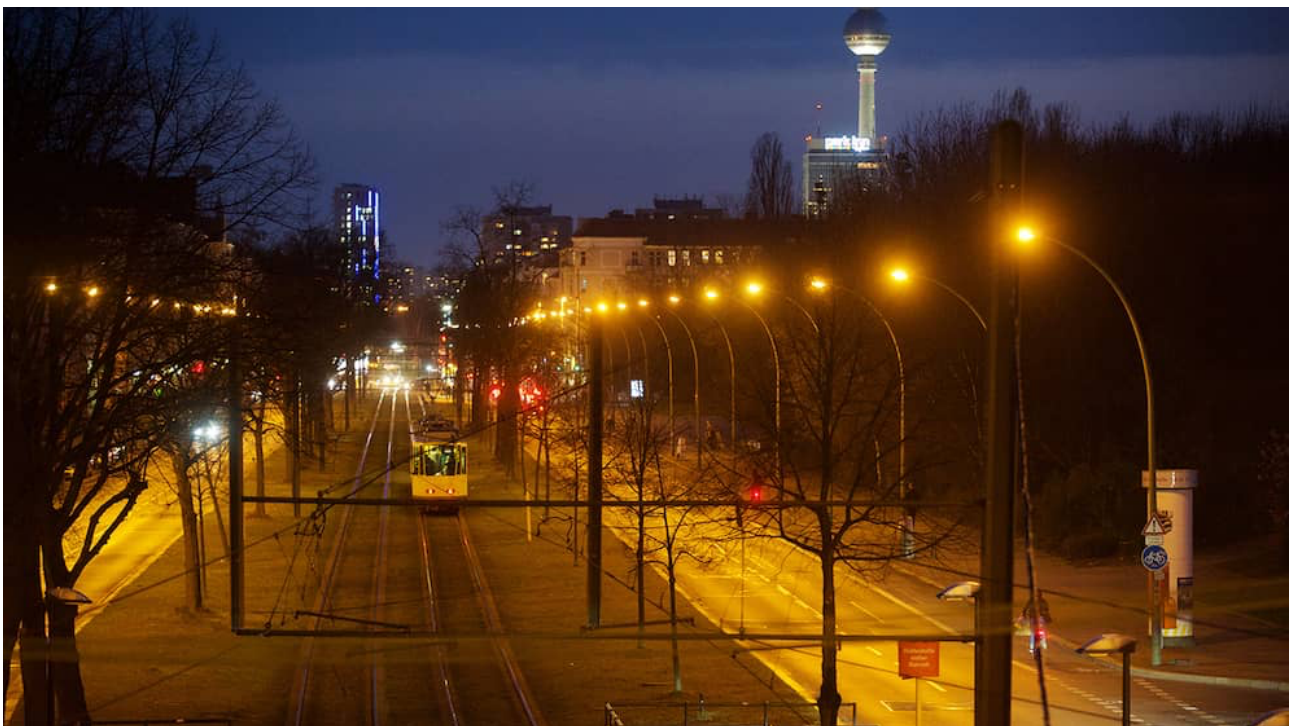
Vor dem Hintergrund haben mit [Lars Bocian](#) aus [Pankow](#) und Danny Freymark aus [Hohenschönhausen](#) zwei CDU-Politiker im Berliner Abgeordnetenhaus einen neuen Bußgeldkatalog mit deutlich höheren Strafen für die illegale Entsorgung erstellt. Mit der Einführung von sogenannten „Müllermittlern“ soll den Politikern zufolge eine bessere Verfolgung von Tätern, Hintermännern und Auftraggebern ermöglicht werden. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten den Einsatz von Wildtierkameras an Orten, an denen regelmäßig illegal Müll entsorgt wird, um Tiere besser vor Schadstoffen zu schützen.

Der Antrag wurde dem Beitrag zufolge an die zuständige Senatsverwaltung übergeben.

Datum: 04.03.2024	Medium: B.Z.
	Autor: Hildburg Bruns Thema: Johannes Kraft

BVG prüft Cargo-Straßenbahnen

Nachts auf Berliner Tram-Gleisen bald Güterwagen?



Die Greifswalder Straße mit Blick in Richtung Alexanderplatz (Archivfoto). Rollen auf den Tram-Schienen nachts bald Güterbahnen? Foto: picture alliance

11 🥰 51 ❤️

Von [Hildburg Bruns](#)

Nachts sind Berlins Tramgleise fast ungenutzt. Dafür sind Straßen vielfach durch Lieferverkehr aus den Güterzentren in Brandenburg belastet. Schwarz-Rot will deshalb Cargo-Straßenbahnen in den Verkehr bringen.

„An Verknüpfungspunkten der Berliner Ringbahn und Straßenbahnlinien könnten Waren von der Schiene auf die Schiene umgeladen und ein großer Teil des Wirtschaftsverkehrs verlagert werden“, heißt es in einem Antrag der CDU-/SPD-Koalition. Sie beauftragt den Senat, eine Potenzialanalyse zu erstellen.

Gerade in den Bezirken östlich des Brandenburger Tors gibt es gut ausgebaute Radialstrecken von der inneren Ringbahn in die Stadt. „Denkbar wäre etwa das Umladen am früheren Güterbahnhof Greifswalder Straße auf eine Tram Richtung

Alexanderplatz, wo viele Waren- und Geschäftshäuser beliefert werden könnten“, sagt CDU-Verkehrsexperte **Johannes Kraft** (46).



Umladen der Waren für die City von Gleis zu Gleis wäre am früheren Güterbahnhof Greifswalder Straße denkbar. Von der Eisenbahn in eine Cargo-Tram Foto: ullstein bild
Die BVG teste bereits eine Variante: Ein Lastenrad transportierte Container (2 m hoch, 1,70 m breit), die dann im Mehrzweckbereich platziert wurden – dort, wo normalerweise Kinderwagen oder Rollstühle stehen.

Aber CDU-Experte Kraft geht nicht von einer gemischten Nutzung von Personen und Paketen aus. „Da schiebt das Personenförderungsgesetz derzeit noch einen Riegel vor.“ Er geht eher davon aus, dass Tramfahrgestelle mit Containern bestückt werden, vielleicht sogar die Güter dann von autonomen Fahrzeugen ans Ziel gebracht werden.

Gab es schon eine Cargo-Tram?




Gab's in Dresden: Eine Cargo-Straßenbahn belieferte ein Autowerk Foto: picture-alliance / ZB
► In Dresden belieferte sie fast 20 Jahre lang ein kleines VW-Werk in der Innenstadt, ersetzte täglich 12 bis 15 Lkw-Fahrten. Inzwischen stellte der Konzern die Belieferung aber um, weil Teile zuerst nach Zwickau gehen.



Gibt's in Zürich: Eine Cargo-Straßenbahn sammelt Sperrmüll auf Foto: Universal Images Group via Getty Images
► In Zürich transportiert die Cargo-Tram Sperrmüll zum Recycling. Umgebaute Fahrzeuge fahren werktags elf Endhalteschleifen an, laden kostenlos den Abfall auf – er muss aber per Rad oder zu Fuß angeliefert werden.

Übrigens: In Berlin rollten bis 1935 Postpakete über Tramgleise. Und in der DDR Altpapier von Mahlsdorf an die Dahme, wo die Wertstoffe auf Schiffe umgeladen wurden.

Datum: 05.03.2024	Medium: B.Z.
	Autor: Hildburg Bruns Thema: Johannes Kraft

BVG prüft Cargo-Straßenbahnen Nachts auf Berliner Tram-Gleisen bald Güterwagen?



ie Greifswalder Straße mit Blick in Richtung Alexanderplatz (Archivfoto). Rollen auf den Tram-Schienen nachts bald Güterbahnen? Foto: picture alliance

Von Hildburg Bruns

Nachts sind Berlins Tramgleise fast ungenutzt. Dafür sind Straßen vielfach durch Lieferverkehr aus den Güterzentren in Brandenburg belastet. Schwarz-Rot will deshalb Cargo-Straßenbahnen in den Verkehr bringen.

„An Verknüpfungspunkten der Berliner Ringbahn und Straßenbahnlinien könnten Waren von der Schiene auf die Schiene umgeladen und ein großer Teil des Wirtschaftsverkehrs verlagert werden“, heißt es in einem Antrag der CDU-/SPD-Koalition. Sie beauftragt den Senat, eine Potenzialanalyse zu erstellen.

Gerade in den Bezirken östlich des Brandenburger Tors gibt es gut ausgebaute Radialstrecken von der inneren Ringbahn in die Stadt. „Denkbar wäre etwa das Umladen am früheren Güterbahnhof Greifswalder Straße auf eine Tram Richtung Alexanderplatz, wo viele Waren- und Geschäftshäuser beliefert werden könnten“, sagt CDU-Verkehrsexperte **Johannes Kraft** (46).

Die BVG teste bereits eine Variante: Ein Lastenrad transportierte Container (2 m hoch, 1,70 m breit), die dann im Mehrzweckbereich platziert wurden – dort, wo normalerweise Kinderwagen oder Rollstühle stehen.

Aber CDU-Experte Kraft geht nicht von einer gemischten Nutzung von Personen und Paketen aus. „Da schiebt das Personenförderungsgesetz derzeit noch einen Riegel vor.“ Er geht eher davon aus, dass Tramfahrgestelle mit Containern bestückt werden, vielleicht sogar die Güter dann von autonomen Fahrzeugen ans Ziel gebracht werden.

Gab es schon eine Cargo-Tram?

► In Dresden belieferte sie fast 20 Jahre lang ein kleines VW-Werk in der Innenstadt, ersetzte täglich 12 bis 15 Lkw-Fahrten. Inzwischen stellte der Konzern die Belieferung aber um, weil Teile zuerst nach Zwickau gehen.

► In Zürich transportiert die Cargo-Tram Sperrmüll zum Recycling. Umgebaute Fahrzeuge fahren werktags elf Endhalteschleifen an, laden kostenlos den Abfall auf – er muss aber per Rad oder zu Fuß angeliefert werden.

Übrigens: In Berlin rollten bis 1935 Postpakete über Tramgleise. Und in der DDR Altpapier von Mahlsdorf an die Dahme, wo die Wertstoffe auf Schiffe umgeladen wurden.

Datum: 06.03.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

250 Euro Bußgeld pro Kippe – was harte Müll-Strafen bringen

06.03.2024, 18:00 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten

 Von **Thomas Schubert**, Bezirksreporter



Bislang ein Bagatelldelikt, künftig horrend bestraft: Wegwerfen von Zigarettenkippen soll Berliner teuer zu stehen kommen. © Funke Foto Services GmbH | Kerstin Bögeholz

Berlin. Die Landesregierung will einen neuen Bußgeldkatalog, mit drastischen Strafen für Vermüllung. Doch der Plan hat einen wunden Punkt.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht

wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article241865976/Nach-toedlichem-Unfall-Diese-Konsequenzen-fordern-Experten.html>


Datum: 06.03.2024	Medium: RBB
	Autor: Ole Hilgert und Julia Kubowicz und Boris Hermel Thema: David Paul

Bild: rbb
Migration

Asylgipfel bei Kanzler Scholz

Der Beitrag ist hier einsehbar: https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20240306_1930/asylgipfel-der-ministerpraesidenten-bei-kanzler-scholz.html

Mi 06.03.2024 | 19:30 | rbb24 Abendschau

Die Ministerpräsidenten der Länder und Bundeskanzler Scholz sehen Deutschland in der Migrationspolitik auf einem guten Weg - so bilanzierten sie bei einem Treffen in Berlin. Wichtig für Berlins Regierenden Bürgermeister Wegner in diesem Zusammenhang vor allem wichtig: die Bezahlkarte für Flüchtlinge als Alternative zu Bargeld. Im Gespräch: Mark Seibert, Präsident Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Beitrag von Ole Hilgert und Julia Kubowicz und Boris Hermel

Datum: 07.03.2024	Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki

Eine Verschiebung um mindestens ein Jahr fürchtet die Gesobau im Ringen um die Geflüchtetenunterkunft am Schlosspark Schönhausen. „Die Verzögerung des Bauvorhabens bis nach dem Ende der Schonzeit würde mindestens ein weiteres Jahr bedeuten, in dem geflüchtete Menschen weiter in prekären Wohnverhältnissen leben müssen“, teilte eine Sprecherin des kommunalen Wohnungsbauunternehmens mit.

Nach dem jüngsten Beschluss des Obergerichtes Berlin-Brandenburg (OVG) muss ein aufwendiges Artenschutzverfahren an der Kavallerstraße durchgeführt werden. Inzwischen ist die Baumfäll-Schonzeit angelaufen. Sie endet erst im November – bis dahin sind die für den Neubau notwendigen Rodungen nicht mehr regulär möglich.

Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft will in den begrünten Höfen an der Kavallerstraße zwei Gebäude mit 99 Wohnungen errichten. Diese waren zunächst als reguläre Wohnhäuser geplant, nach dem Widerstand von Anwohnern und aus der Pankower Lokalpolitik sollen sie nun per Sonderbaurecht als Geflüchtetenunterkünfte errichtet werden.

Pankows Umwelt- und Naturschutzamt hatte der Gesobau die dafür nötige Rodung von Bäumen und Sträuchern untersagt. Die geplanten Baumfällungen bedrohen demnach geschützte Vogel- und Fledermausarten – darunter den Großen Abendsegler, die Zwergfledermaus, die Mückenfledermaus und die Breitflügel-Fledermaus.

Das Artenschutzverfahren wird derzeit von der unteren Naturschutzbehörde des Bezirks durchgeführt. Dieses wird mindestens noch bis zum 29. März laufen, teilte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) mit.

Für eine Fällung der mindestens 36 Bäume in der Schonzeit würde die Gesobau eine Ausnahmegenehmigung des Bezirks benötigen. Ein solcher Antrag sei bisher im Umwelt- und Naturschutzamt „nicht eingegangen“, erklärte **Anders-Granitzki**.

Das bestätigte die Gesobau. Ob sie die Genehmigung überhaupt beantragen wird, ist offenbar noch unklar. „Nach Abschluss des laufenden Artenschutzverfahrens und Abnahme der Ausgleichsmaßnahmen durch die untere Naturschutzbehörde werden wir über die weiteren Schritte entscheiden“, so die Sprecherin.

Wie die Chancen auf Erteilung einer Ausnahme-Fällgenehmigung in diesem Fall stehen, dazu wollte sich Anders-Granitzki nicht äußern. „Nach Eingang eines Antrags kann eine Befreiung geprüft werden“, teilte sie lediglich mit.

Nabu widerspricht Bezirk: Kreuzkrötenfrage am „Pankower Tor“ nicht gelöst. Alles klar mit der Kreuzkröte am „Pankower Tor“? Nein, sagt der Nabu Berlin. „Das Bezirksamt Pankow erweckt den Eindruck, als sei beim Thema Artenschutz alles geregelt“, sagt der 1. Vorsitzende **Rainer Altenkamp**. „Das ist falsch, denn es sind noch viele Fragen offen.“

Damit reagiert der Nabu auf die jüngste Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow am vergangenen Mittwoch. Pankows Umweltstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) hatte da eine „freudige Botschaft“ verkündet: „Der artenschutzrechtliche Vertrag ist heute endverhandelt worden.“ Wie berichtet, sollen die vom Aussterben bedrohten Kreuzkröten und auch Zauneidechsen von der Hauptfläche des früheren Rangierbahnhofs Pankow zwischen Berliner Straße und Prenzlauer Promenade weichen, damit dort ein Stadtquartier mit 2000 Wohnungen, einer Schule und einem Möbelmarkt entstehen kann.

Die Tiere sollen auf die Fläche östlich der Prenzlauer Promenade umgesiedelt werden. Dort befinden sich die denkmalgeschützten Bahnlokschuppen; auch eine angrenzende Kleingartenanlage soll für die Errichtung eines neuen Habitats genutzt werden. Bezirk, Land und Investor Kurt Krieger haben an diesen Plan laut Anders-Granitzki „den finalen Haken“ gesetzt. Die Artenschutz-Problematik sei gelöst, bestätigte Baustadtrat **Cornelius Bechtler** (Grüne).

Das stimmt nicht, entgegnet nun der Nabu. Es sei „immer noch völlig unklar, welche Fläche genau den Tieren künftig zur Verfügung stehen könnte, wie diese für die Kreuzkröte und weitere geschützte Arten hergerichtet werden soll und wie die Tiere dorthin gelangen können“, kritisiert Altenkamp. Der Bezirk habe immer noch keinen konkreten Plan für die Ostfläche – dort sind seit Jahren ein Schul-Neubau beziehungsweise ein Gewerbe- und Kulturgebiet im Gespräch. Nun seien Teile davon „klammheimlich vom Bezirk als ‚städtebauliche Entwicklungsfläche‘ deklariert und damit dem Kreuzkrötenschutz entzogen“ worden, so Altenkamp.

Der Nabu sieht diese Entwicklung mit Sorge. Er erneuerte seine Forderung, die Kröten und Eidechsen am besten auf der Hauptfläche zu lassen und das Projekt umzuplanen. „Es wäre immer noch am besten, die Kreuzkröten auf ihrer jetzigen Fläche im Westteil des ‚Pankower Tors‘ zu belassen und den geplanten Möbelmarkt anderswo zu errichten“, so Altenkamp.

Die Zeit drängt nun: Nach Angaben des Bezirksamt müssen die Verträge mit Krieger bis Ende März unterschrieben sein, um das weitere Verfahren einzuleiten.

Geräte und Bänke weg, kein Geld für Umbau: Düstere Aussichten für Stadtplatz "Marie". Triste Aussichten an der „Marie“: Seit einiger Zeit präsentiert sich der Stadt- und Spielplatz im Winsviertel in Prenzlauer Berg kahl und leer. Klettergerüste, Schaukeln, Sitzbänke und Tischtennisplatten sind verschwunden.

Warum der Kahlschlag? Das wollte die Bezirksverordnete **Stephanie Wölk**(SPD) vom Bezirksamt wissen. „Die Geräte wurden aufgrund fehlender Verkehrssicherheit abgebaut“, teilte die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki**(CDU) nun mit. Der Boden sei „stark durchwurzelt und es bestand Unfallgefahr“.

Mittelfristig wird es an der „Marie“ offenbar trist bleiben. Nach Aussagen der Stadträtin soll die beliebte Grünfläche zwar „komplett neugestaltet“ werden – der Fokus soll dabei auf dem Spielplatz liegen. Allerdings mit dem Einschub: „Sobald die Finanzierung gesichert ist.“ Und das könnte noch lange Zeit auf sich warten lassen. „Derzeit fehlen die haushaltstechnischen Voraussetzungen, um den Platz neu zu gestalten“, räumt Anders-Granitzki ein.

Einen Termin für die Umgestaltung konnte die Stadträtin daher nicht nennen. Die abgebauten Geräte zumindest temporär zu ersetzen, ist offenbar ebenfalls nicht geplant.

Datum: 09.03.2024	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Fast 100 neue Bänke aufgestellt

PANKOW: Alle Standortvorschläge kamen von Bürgern

von Bernd Wähler

Im Bezirk konnten im vergangenen Jahr 97 neue Bänke aufgestellt werden. Das kann Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, den Verordneten auf Anfrage von Jan Drewitz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitteilen.


47 Bänke befinden sich in öffentlichen Grünanlagen, 50 im öffentlichen Straßenland. Mit der Aussicht, dass der Senat finanzielle Mittel für neue Bänke zur Verfügung stellen wird, kalkulierte das Bezirksamt im Jahr 2022 einen Bedarf von

107 000 Euro. Im April 2023 konnten die Bürger auf der Plattform mein.berlin.de Vorschläge machen, wo Bänke aufgestellt werden sollten.

Das Bezirksamt bekam von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt für das Haushaltsjahr 2023 sogar 250 000 Euro für die Anschaffung und den Einbau neuer Bänke, berichtet Stadträtin Anders-Granitzki. „Die Online-Beteiligung war ursprünglich nur für Bankstandorte im Straßenland vorgesehen, deren Anteil mit 150 000 Euro kalkuliert worden ist.“ Doch nun konnten 100 000 Euro auch für Bänke

in Grünanlagen ausgegeben werden.

Im öffentlichen Straßenraum konnten zwei Bänke auf dem Anger in Französisch Buchholz, zwei an der Hoffnungskirche an der Elsa-Brändström-Straße, vier auf dem Antonplatz, zwei auf dem Hamburger Platz sowie zwei in der Breiten Straße 16 aufgestellt werden. In Grünanlagen wurden unter anderem vier Bänke im Zingergraben in Blankenfelde, vier auf dem Spielplatz Mazetstraße in Französisch Buchholz, zehn in der Schönholzer Heide und vier im Bereich des Ehrenmals Schönholz aufgestellt.

Datum: 03/2024	Medium: Bucher Bote Print
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Die Sellheimbrücke ist marode

Vorarbeiten für einen Neubau der Verbindung zwischen Karow und Blankenburg beginnen 2024



FOTO: MAX HILGER

Die Sellheimbrücke wird erneuert, während der Bauzeit bleibt sie zweispurig passierbar.

Über sieben Brücken musst Du gehen...« – schön wär's. Den vom Verkehrsstress gebeutelten Nordberlinern steht schon wieder neue Unbill ins Haus. Die Sellheimbrücke, die Karow und Blankenburg verbindet und damit eine zentrale Verkehrsachse aus dem Nordosten in die Innenstadt bildet, muss dringend erneuert werden. Die ersten Vorarbeiten für den Brückenneubau sollen deshalb im zweiten Halbjahr 2024 beginnen. Also Chaos wie 2019? Constanze Siedenburg, Sprecherin der Senatsverwaltung für Verkehr, sagte dem »BB«: »Es ist eine

gemeinsame Behelfsbrücke für Fußgänger und Radfahrer geplant. Unter dieser Voraussetzung und der Ertüchtigung des bestehenden Gehweges ist bei halbseitiger Baudurchführung eine weitestgehende durchgehende zweispurige Verkehrsführung für den Autoverkehr und damit die Aufrechterhaltung der Verkehrsbeziehungen möglich. Insbesondere in der ersten Bauphase müssen aber einstreifige Verkehrsführungsphasen mit Lichtsignalanlagenregelung eingerichtet werden.« Bestimmte Bauleistungen wie Ausbau und Einhub der Brückenkonstruk-

tionen seien nur unter Vollsperrung der Straße und der Bahnanlagen umsetzbar, erklärte sie. »Diese Arbeiten erfolgen in der Regel am Wochenende und durchgehend während der Nacht. Damit werden die erforderlichen Sperrzeiten so gering wie möglich gehalten.«

Bis spätestens 2029 sollen die Bauarbeiten nach Angaben von CDU-Verkehrsexperte Johannes Kraft abgeschlossen sein. Constanze Siedenburg hält sich da etwas bedeckter: »Eine verbindliche Angabe des Beginns/Abschlusses der Maßnahme ist derzeit noch nicht möglich. Für die Durchführung der Baumaßnahmen sind notwendige Sperrpausen der Bahnanlagen zwingende Voraussetzung. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Bahntrasse sind Sperrpausen für die Deutsche Bahn AG nur sehr eingeschränkt denkbar und konnten noch nicht final abgestimmt werden. Die Sperrpausen sind allerdings wie beschrieben grundlegende Voraussetzung für den terminlichen Ablauf der Maßnahme.«

Die Bauaktion soll auch die Verlängerung der S75 (Baubeginn 2025) und den neuen S-Bahnhof Sellheimbrücke umfassen. Sprecherin Siedenburg: »Die angedachten Bahnaktivitäten würden bei der Planung der neuen Sellheimbrücke berücksichtigt. Über den Zeitpunkt der Fertigstellung des S-Bahnhofes liegen uns keine Infos vor. Der Vorhabenträger zur Infrastrukturmaßnahme i2030 zur Verlängerung der S75 ist die DB.«

Weiter S. 3

Die Sellheimbrücke ist marode

Fortsetzung von S. 1

azu heißt es bei der S-Bahn im sogenannten i2030-Maßnahmenpaket: »Mit der Verlängerung der heutigen S75 von Varschauer Straße über Wartenberg hinaus zum neuen Turmbahnhof Karower Kreuz (Umsteigebahnhof) und der Durchbindung in Richtung Hohen Neuendorf wird eine neue Verbindung im Nordosten Berlins geschaffen. Mit diesem Neubau und den neuen Stationen (Karower Kreuz, Sellheimbrücke, Malchow Nord und Bucher Straße) werden zahlreiche neue Siedlungsgebiete im Nordosten Berlins erschlossen.« Zudem soll es zwischen Buch und Bernau endlich einen 10-Minuten-Takt bei der S-Bahn geben. Inwieweit das alles noch vor 2030 passiert, wird sich zeigen. Bleiben wir zunächst bei der Sellheimbrücke.

Erinnern Sie sich noch an den Juni 2019? An kilometerlange Staus zwischen Karow und Blankenburg? Die Decke der Brücke, die in normalen Zeiten von ca. 15.000 Autos am Tag befahren wird, wurde damals zwei Wochen lang saniert. Nachdem der Asphalt erneuert war, stellte man erneut fest, dass das 1958 errichtete Bauwerk zu den marodesten Brücken Berlins gehört – und verhängte deshalb erstmal Tempo 30. Ende 2020 ergaben dann Tests, dass der Zustand der Brücke kritisch ist. Die Schäden sind umfangreich und umfassen unter anderem Tragwerkskonstruktion, Widerlager und mal wieder die Fahrbahndecke.

Nun kann man sich natürlich verwundert fragen, wie die Behörden dazu kamen,


nur die Decke der Brücke erneuern zu lassen, und warum sie erst anderthalb Jahre später den baulichen Zustand überprüfen ließen. Allerdings ist die Hauptstadt mit dem Trend, die Infrastruktur seit Jahrzehnten vergammeln zu lassen, beileibe nicht allein. Laut offiziellen Zahlen von 2023 gibt es in Deutschland insgesamt rund 130.000 Brücken. Im Zuständigkeitsbereich des Bundes sind von etwa 40.000 Verbindungen 1.600 marode. In den Kommunen sind etwa 13.500 Brücken sanierungsbedürftig und bei der DB rund 1.000 der dort 25.000.

Gründe für das Brücken-Problem im Straßenverkehrsbereich gibt es viele. Die in Deutschland üblichen Spann- und Stahlbetonbrücken sind für eine Nutzung von 80 Jahren ausgelegt. Die Sellheimbrücke hätte also theoretisch noch bis 2038 halten müssen, wenn... ja wenn es nicht eine deutliche Zunahme des Lkw-Verkehres in den letzten Jahrzehnten gegeben hätte, u. a. wegen einer nahezu ausschließlich auf Expeditionen ausgelegten Transportpolitik und der Schließung diverser Bahnhöfe wegen angeblicher Unrentabilität. Ein Brummi belastet eine Brücke aber so sehr wie über 100.000 Pkw, erklärten Experten dem SWR. Dazu kommt noch der Dominoeffekt, wenn Laster gesperrte Brücken umfahren und damit die umliegenden Brücken und Straßen belasten. Die Folge: Die Bauwerke halten nur noch 60 Jahre. Damit steigt aber der Stau der notwendigen Baumaßnahmen. Vorschriftenschungel, Bürokratie und Fachkräftemangel von den Be-

hörden bis zu den Baufirmen tun das ihre, dazu kommt jetzt die Finanzmisere. In Berlin können derzeit nicht mal die dringend notwendigen Planungen für Reko oder Neubau von 40 Brücken aufgenommen werden, ergab eine Antwort der Verkehrsverwaltung auf eine Anfrage. Darunter sind die Putlitzbrücke in Moabit oder die Brücke an der Allee der Kosmonauten. Das Risiko, dass weitere Brücken ausfallen, steigt: 75 Prozent sind in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand.

Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU) erklärte: »Es kann an vielen Stellen jederzeit passieren, dass wir Brücken sperren müssen, weil sich ihr Zustand durch äußere Einflüsse verschlechtert.« Der Investitionsstau bei »Spannbauwerken« liege in Berlin bei »mehr als einer Milliarde Euro«, vor allem, weil die Infrastruktur in den vergangenen Jahren »schändlich vernachlässigt worden« sei. Trotzdem will der Senat in diesem Jahr Geld für sechs Brücken locker machen. Neben der Sellheimbrücke sind dann in Pankow noch die Schönhauser-Allee-Brücke und die Laakebrücke dran. Geplante vier Jahre Bauzeit mit allen Unannehmlichkeiten sind kein Pappenstiel, zumal die auch gern länger werden, wie der Bahnhof Karow zeigt. Bleibt zu hoffen, dass in dieser Zeit nicht wieder mal zeitgleich an der Zufahrt zur Autobahn gebaut und die Region Karow dann komplett abgeschnitten wird. Also hoffentlich müssen wir nicht: »Sieben dunkle Jahre überstehn...«

Mathias Heller

Datum: 03/2024	Medium: Bucher Bote Print
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Von U- und Magnetschwebbahnen

Bucher Bürgerforum zum Thema Verkehr rund um Buch

Das Thema Verkehr betrifft jeden von uns, egal, ob wir motorisiert, per Rad, zu Fuß oder mit den Öffentlichen unterwegs sind. Und weil gerade der Pankower Norden unter einer unzureichenden Verkehrsinfrastruktur zu leiden hat, setzte der Bucher Bürgerverein das Thema auf die Agenda des jüngsten Bürgerforums. Der kleine Saal in Haus 20 im Ludwig-Hoffmann-Quartier füllte sich am 15. Februar dann auch alsbald mit Interessierten.

Verkehrsexperte Johannes Kraft sprach zu den aktuellen Senatsvorhaben und Konzepten und begann erst einmal mit dem Fehler der Vergangenheit, die neuen, großen Stadtentwicklungsprojekte – wie in der Elisabethaue, im Blankenburger Süden oder in Karow und Buch Am Sandhaus – relativ beliebig nur vom Schreibtisch aus zu planen. FNP-Ände-



FOTO: KRISTIANE SPITZ

Johannes Kraft sprach über Verkehrskonzepte. Die Spiegelwand hinter ihm zeigt das Publikum im Saal des LHQ.

rungen, B-Planungen, Verkehrsplanungen, Untersuchungen... dauerten in Berlin viel zu lange, krisierte er. »Der ÖPNV und die Straßen in der Region sind überlastet, Busse und Autos stehen regelmäßig im Stau. Wenn wir viele tausende neue Wohnungen bauen, muss das ortsverträglich sein und die Infrastruktur parallel entstehen.«

Johannes Kraft hofft, dass viele Probleme mit dem jetzt verkündeten Verkehrskonzept für den Berliner Nordosten gelöst werden können. Die CDU-geführte Senatsverwaltung hat große Visionen. Zwei Stichworte sind es, die der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus als Verkehrslösungen in den Raum stellte: U-Bahn-Ausbau und Magnetschwebbahn. Ist das realistisch? Auf dem Bürgerforum wurden Zweifel geäußert. Johannes Kraft kontert: »Wenn wir heute nicht anfangen, hat sich auch in 25 Jahren noch nichts verändert.«

Weiter auf S. 5

Von U- und Magnetschwebebahnen

Fortsetzung von S. 1

Es brauche Lösungen. Da steht zum einen der Bau von bis zu drei neuen U-Bahnlinien im Raum. Doch zuvor soll die Straßenbahnlinie M2 (Alex-Heinersdorf) verlängert werden. Für die 3,3 km lange Strecke bis Blankenburg beginnt in diesem Jahr die Vorplanung, nächstes Jahr folgt die technische Entwurfsplanung und die Inbetriebnahme ist im Jahr 2031 vorgesehen. Da es viele Proteste in der Erholungsanlage Blankenburg gab, hatte der Senat eingelenkt. Durch den Trambau soll es keine Vernichtung von Grundstücken geben. Die M2 wird deshalb nicht zum S-Bahnhof Blankenburg geführt werden, sondern vorher, im Bereich der Krugstege, enden. Die Berliner Grünen sind dagegen. In ihrem jüngsten Antrag fordern sie eine Verknüpfung an den S-Bahnhof Blankenburg. Dabei solle eine »eingriffsarme Führung über die Bahnhofstraße« bevorzugt oder aber die Tram bis zum künftigen Bahnhof Sellheimbrücke verlängert werden.

Der Senat will den U-Bahn-Ausbau in Berlin vorantreiben, auch um den Nordosten verkehrstechnisch besser anzubinden. »Mit der Verlängerung der U2 bis Pankow Kirche wäre ein neuer Knotenpunkt mit der U 9 möglich, die über ihre aktuelle Endstation Osloer Straße hinaus über Pankow Kirche, Heinersdorf, Blankenburg nach Karow geführt werden könnte«, erklärte Johannes Kraft. Die Ausschreibung einer Grundlagenuntersuchung für die U2-Verlängerung befindet sich in Vorbereitung. Perspektivisch wäre es möglich, die U2 auch bis nach Französisch Buchholz auszubauen.

Eine neue Linie U10 könnte den Alex über die Greifswalder Straße, Antonplatz, Berliner Allee, Malchow bis Blankenburg, Karow und Buch verbinden, perspektivisch auch nach Bernau. »Das sind verkehrlich überzeugende Möglichkeiten«, ist Kraft überzeugt. Nicht nur die neuen Wohnquartiere mit ihren Zehntausenden Bewohnern würden so erschlossen, auch

die Pendlerverkehre – momentan pendeln 75.000 Menschen pro Tag durch Pankow – könnten vom Auto in den ÖPNV umgelenkt werden.

Als weitere Punkte nannte er die Schaffung von sogenannten Mobilitäts-Hubs, (Knotenpunkte/Parkplätze) für den unkomplizierten Umstieg auf den ÖPNV. Sie sollen an der Bucher Straße zwischen Autobahn-Außenring und A 114 installiert werden sowie zwischen Malchow und Blankenburg an der B2.

Die S 75-Verlängerung von Wartenberg über Malchow bis nach Birkenwerder wird zwei Jahre früher realisiert werden können, als gedacht. Bereits Ende nächsten Jahres/Anfang 2026 soll es losgehen. Damit entstehen dann auch die neuen Bahnhöfe Sellheimbrücke und Bucher Straße.

Er informierte u. a. darüber, dass Blankenburg einen Kiezbus bekommen wird (siehe S. 6), der 10-min-Takt auf der S2 im Infrastrukturprojekt i2030 enthalten sei und die Situation an der Doppelkreuzung Krugstege verbessert werden soll.

Die Diskussion drehte sich dann vor allem um die Realisierbarkeit der Ideen und Visionen. »Das ist ein Traum, aber die Realität sieht anders aus«, erklärte ein Zuhörer. Es sei schon jetzt kein ausreichendes Personal vorhanden, woher sollten die zusätzlichen Fahrer kommen, warf ein anderer ein. Im Blankenburger Süden werden Tausende neue Bewohner leben, wie passe das zusammen mit einer Trambahn, die nicht an der S-Bahn ende? Sollten U2 und U10 tatsächlich einmal nach Blankenburg führen, dann vergingen bis dahin mindestens 20 Jahre, erst dann könnten auch die Wohnungen entstehen, wenn man eine tragfähige Verkehrsinfrastruktur parallel entwickeln wolle... Die Bucher Forumsbesucher zeigten sich skeptisch.

Johannes Kraft glaubt, dass es auch schneller gehen kann. Reibereien und Kommunikationsdefizite zwischen den Verwaltungen sorgen bislang für lange

Planungs- und Bauzeiten ebenso wie bestehende Verordnungen und Zuständigkeiten, ist seine langjährige Erfahrung in Bezirk und Senat. Er weiß wovon er spricht, als langjähriger Bezirksverordneter hat er den Verwaltungsdschungel kennengelernt: »Ein Beispiel: Die Errichtung des neuen Zebrastreifens am Ärztehaus in Karow hat ganze neun Jahre gedauert; für einen Zebrastreifen. So kann es nicht weitergehen«, erklärte er. Die Prozesse seien dysfunktional. Über's Pankower Tor werde seit 15 Jahren geredet, »Ende März wird nun vielleicht der städtebauliche Vertrag unterschrieben«. Schon allein die demographische Entwicklung zeigt, das Personalproblem wird sich weiter verschärfen. »Deshalb: Strukturen vereinfachen, Bürokratie abbauen, digitalisieren!« Es ist Fakt, U-Bahn-Bau ist extrem teuer und dauert extrem lange. »Aber wenn wir Probleme lösen wollen, dann müssen wir uns Geld und Zeit nehmen. Wenn man es nur will, dann geht das auch schneller, wie man anderswo auf der Welt sieht«, so der Karower.

Und schon kommt er auf das exotischste Vorhaben zu sprechen: Schwebebahnen für Berlin. Die Magnetschwebebahntechnik habe enorme Vorteile. Sie könne nicht nur Menschen, sondern auch Güter transportieren, sei sehr flexibel. Tageszeitabhängig könnten unterschiedliche Bahnlängen eingesetzt werden, theoretisch alle 13 Sekunden eine Bahn fahren, autonom, ohne Fahrer. »Man könnte die U10 als Schwebebahn konzipieren und am Alex unter der Erde starten, dann oberirdisch weiterfahren, auf freiem Feld könnte es wieder in die Tiefe gehen. Kosten und die Bauzeit wären günstiger als beim klassischen U-Bahnbau.« 180.000 Euro für eine Grundlagenuntersuchung wurden bereitgestellt, um herauszufinden, ob die Schwebebahntechnologie Sinn macht. »Wenn wir jetzt nicht investieren, geht das auf Kosten künftiger Generationen«, ist Johannes Kraft überzeugt.

Kristiane Spitz

Datum: 11.03.2024	Medium: Berliner Zeitung
Berliner Zeitung	Autor: Elmar Schütze Thema: Johannes Kraft, Manja Schreiner

Tödlicher Unfall in Mitte: „Das politische Ausschlachten ist unterirdisch“

Noch laufen die Ermittlungen zu dem tödlichen Crash in Berlin-Mitte, doch die Politik streitet längst: Die Grünen fordern mehr Tempo 30, die CDU ist empört.

[Elmar Schütze](#)

11.03.2024 | 18:01 Uhr

Ein Polizist kniet an der Unfallstelle neben dem zerstörten Kinderwagen. Christophe Gateau/dpa

Nach dem schweren Verkehrsunfall, bei dem eine Mutter und ihr vierjähriger Sohn nahe dem [Potsdamer Platz](#) getötet wurden, untersucht die Polizei weiter den genauen Ablauf und ermittelt zur Schuldfrage. Ein 83-jähriger Autofahrer wich am Samstagmorgen nach Angaben der Polizei einem Stau auf der [Leipziger Straße](#) aus und fuhr auf dem Radstreifen am Fahrbahnrand weiter. [Mutter und Kind überquerten die Straße von der anderen Seite kommend und wurden von dem Auto überfahren.](#) Die Mutter starb kurz darauf im Krankenhaus, das Kind nach einer Operation noch am selben Abend. Der Freund und eine Schwester der Frau waren Zeugen des Unglücks. Alle vier stammen aus Belgien und waren als Touristen in Berlin.

Dass der Unfall längst zum Politikum geworden ist, zeigt die Reaktion von [Manja Schreiner](#). Die Berliner Verkehrssenatorin von der [CDU](#) teilte am Montag mit: „Meine Gedanken sind jetzt vor allem bei den Angehörigen der beiden Toten – einer Mutter und ihrem Kind. Selbstverständlich wird sich auch die Senatsverwaltung intensiv mit dem Geschehen befassen und direkt am Ort mit ihrer Unfallkommission prüfen, welche Konsequenzen für mehr Verkehrssicherheit hier gegebenenfalls zu ziehen sind.“

Für Forderungen nach einem Eingriff in die Verkehrslenkung sei es noch zu früh, weil die Polizei noch ermittle. „Aus unserer Sicht ist es nicht der richtige Moment, dem

vorzugreifen.“

Verkehrsiniciativen forderten nach dem Unfall, das geltende Tempolimit 30 an der dortigen Stelle beizubehalten, statt demnächst dort wie geplant wieder Tempo 50 einzuführen; obwohl die Ermittlungen zum Ablauf des Unfalls erst begonnen haben und die Fragen nach dem verbotenen Fahren über den Radstreifen und dem Tempo des Fahrers noch offen sind.

Johannes Kraft stören solche Forderungen nicht nur erheblich, wie der CDU-Verkehrspolitiker auf Anfrage der Berliner Zeitung sagt. „Ich finde sie sogar verstörend.“ Diesen „tragischen Unfall für die eigenen Zwecke politisch auszuschlachten, ist unterirdisch“, sagt Kraft.

Ziemlich typisch für die von Kraft kritisierten Tweets ist jener von Almut Neumann, als Stadträtin von Mitte zuständig für Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen. In einem ersten Post zeigte sich die Grünen-Politikerin „sprachlos über diesen krassen tödlichen Vorfall auf der Leipziger Straße“. Ihre Gedanken seien bei der Familie der Opfer. Im nächsten Moment hatte Neumann ihre Sprache offenkundig wiedererlangt, als sie nach einer „bewegenden Mahnwache für die beiden getöteten Fußgänger:innen“ schrieb: „Eine Mahnung an uns alle: gegen motorisierte Gewalt, für die Vision Zero.“

Verkehrsforscher nach Berlin-Unfall: Da gehört kein Poller hin

Das Schlagwort Vision Zero beschreibt das politische Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu drücken. Doch was, welcher bauliche Eingriff in den Straßenverkehr, welche Regel, hätte im konkreten Fall die maximal katastrophalen Folgen verhindern können? Und die Betonung müsste dabei ohnehin auf „können“ liegen. Schließlich hat der Unfallfahrer gleich mehrere eindeutige Verkehrsregeln missachtet. So fuhr er offenkundig schneller als erlaubt auf dem Fahrradstreifen rechts an einer stehenden Autokolonne vorbei. Welche bauliche Maßnahme hätte also womöglich helfen, den Unfall und damit den Tod von Mutter und Kind verhindern können? Deutlich sichtbare Poller, die den Fahrradstreifen von der Fahrbahn abgegrenzt und dem Unfallfahrer klar signalisiert hätten, dass auf dem Extrastreifen keine Autos fahren dürfen? „In diesem Fall nicht. Da darf kein Poller hin“, sagt der renommierte Verkehrsunfallforscher Siegfried Brockmann im Gespräch mit der Berliner Zeitung. Das liege daran, dass von Osten kommend die zuvor breitere Leipziger Straße an der Kreuzung Wilhelmstraße ohnehin schmaler werde. Bei der eher unübersichtlichen Einfädel-Situation würde durch eine Protected Bikelane ein zusätzliches und damit potenziell gefährliches Hindernis für Radfahrer entstehen, sagt Brockmann.

Also kommt Brockmann zu dem Schluss: Hätten Mutter und Kind eine der Ampeln an den beiden Enden der eingegengten Fahrbahn zwischen Wilhelmstraße und Leipziger Platz genutzt, würden sie heute noch leben. Zwar gebe es in der Straßenverkehrsordnung keine

Festlegung, welche Wege zu einer Ampel Fußgängern zuzumuten sind. Gerichte entscheiden diese Frage je nach örtlicher Gegebenheit. Die Fahrbahn dort zu überqueren, wo sie es getan haben, sei also möglicherweise „formal in Ordnung“ gewesen, so Brockmann, „zumindest aber sehr leichtsinnig“.

Doch hätte der Autofahrer nicht damit rechnen müssen, dass ihm plötzlich jemand vor das Fahrzeug läuft? Brockmann lässt die Frage offen. Und war der Fahrer mit seinen 83 Jahren womöglich zu alt, um die Situation adäquat einschätzen zu können?

Das ist eine selbst für Forscher kaum zu beantwortende Frage. Siegfried Brockmann spricht jedenfalls von einem „nicht alterstypischen Unfall. Dieser Verlauf wäre eher typisch für junge Fahrer.“ Ein klassisch alterstypisches Defizit sei hingegen, dass der Mann auch nach dem Aufprall offenbar ungebremst weitergefahren sei und noch ein anderes Auto gerammt habe.

Doch was bedeutet das? Ab wann sollen alte Menschen nicht mehr ans Steuer dürfen? Unfallforscher verweisen auf Statistiken. Demnach gebe es bei Menschen ab 75 Jahren gemessen an ihrer Fahrleistung ebenso viele Unfälle wie bei der stets besonders beübteten Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren. Zwar hätten die Älteren enorme Erfahrung, doch ihre kognitiven Fähigkeiten ließen schleichend nach.

Unfall in Berlin: SPD gegen Ausgrenzung von Älteren

Der Berliner SPD-Verkehrspolitiker Tino Schopf warnt in der Debatte um nachlassende Verkehrssicherheit bei älteren Menschen vor einer Polarisierung. So wie die Mobilitätsarten – Auto-, Fuß- und Radverkehr – nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, „sollten wir dies auch nicht bei den Generationen tun“, meint Schopf.

Seine Fraktion sehe einen möglichen Ansatz eher in der Förderung von altersgerechten Angeboten wie einem Fahrsicherheitstraining für Ältere. Auch Versicherungen könnten aktiv werden und eine Überschreibung von Schadenfreiheitsrabatten nicht mehr fahrender Senioren auf Familienangehörige akzeptieren, argumentiert Schopf.

Da sind Verkehrsforscher deutlich forscher. Unfallforscher Brockmann spricht sich im Gespräch mit der Berliner Zeitung für obligatorische Rückmeldefahrten für Menschen ab 80 Jahren aus. Dabei würde ein geschulter Fahrlehrer oder ein Verkehrspsychologe 45 Minuten lang mitfahren und nachher mit dem Fahrer über das Erlebte sprechen. Viele, so die Vermutung, wären dann vielleicht eher bereit, künftig nicht mehr selbst zu fahren. Wichtig sei jedoch eine Verpflichtung zu solchen Fahrten. „Wenn man es freiwillig lässt, kommen die Falschen“, sagt er.

Datum: 12.03.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Iris May Thema: Johannes Kraft, Manja Schreiner

LEIPZIGER PLATZ

Nach tödlichem Unfall: Diese Konsequenzen fordern Experten

12.03.2024, 06:00 Uhr • Lesezeit: 5 Minuten

Von **Iris May**

Blumen, Kerzen und ein Teddy wurden am Unfallort am Leipziger Platz niedergelegt. © FUNKE Foto Services | Reto Klar

Berlin. Eine Mutter und ihr Kind wurden am Leipziger Platz getötet. Diese Maßnahmen könnten laut Verkehrsexperten für mehr Sicherheit sorgen.


Eine Mutter (41) und ihr vierjähriger Sohn wurden bei einem Unfall am Leipziger Platz am Sonnabend getötet.

Der Berliner **CDU-Abgeordnete Johannes Kraft** möchte aufgrund des tragischen Unfalls vom Wochenende keine neue Grundsatzdebatte entfachen. Das Problem sei vielschichtig, hänge nicht nur vom Alter, sondern auch von Vorerkrankungen ab. Was er sich aber sehr gut vorstellen könnte, wäre, dass die Führerscheinbehörde alle im Alter ab 70 oder 75 Jahren anschreibe, und zum Fahrsicherheitstraining beim ADAC ermutige. Dort könnten sich die Senioren eine unabhängige Meinung einholen. Eine andere Möglichkeit wären Gutscheine für Fahrsicherheitstrainings, die man alle fünf Jahre gewähren könnte. Letztlich würde der CDU-Politiker lieber an die Einsicht der Verkehrsteilnehmer appellieren, anstatt Zwang auszuüben.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article241865976/Nach-toedlichem-Unfall-Diese-Konsequenzen-fordern-Experten.html>

Datum: 12.03.2024	Medium: Spreeradio
	Autor: Toni Schmitt Thema: Johannes Kraft

preeradio deckt auf

Cargo-Trams

Die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus denkt laut über Cargo-Straßenbahnen nach...

Berlin-Reporter Toni Schmitt hat für Sie recherchiert!

Foto: spuno - stock.adobe.com

13.03.2024

Cargo-Trams

Die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus denkt laut über Cargo-Straßenbahnen nach...

Berlin-Reporter Toni Schmitt hat für Sie recherchiert!

Reinhören:

https://www.spreeradio.de/shows/jochen_trus_am_morgen/spreeradio_deckt_auf/Cargo-Trams-id1065381.html

Datum: 12.03.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

Baustelle in Pankow: Rumpelnde Busse lassen Wände reißen

12.03.2024, 09:38 Uhr • Lesezeit: 2 Minuten

 Von **Thomas Schubert**, Bezirksreporter



Busse der BVG mussten wochenlang eine Ausweichroute durch Pankow-Wilhelmsruh nutzen - nun zeigen sich Schäden an Hauswänden. © FUNKE Foto Services | Maurizio Gambarini

Berlin. Die Baustelle der Wasserbetriebe in Pankow lag wochenlang brach – weil es zum Bauen zu winterlich war. Eine Bus-Umleitung sorgt für Stress.

„Ich bin froh, dass es jetzt vorwärts geht“, sagt **Bocian** mit Blick auf die Fertigstellung der Baustelle. Und kritisiert die **Maßnahme in der kalten Jahreszeit** mit ironischen Worten: „Der Winter trifft jedes Jahr sehr überraschend ein, sonst könnte man Baustellen wie in der Fontanestraße ja im

Frühjahr einrichten und auch sofort beginnen. So leiden viele Menschen monatelang unter dem Umleitungsverkehr ohne dass auf der abgesperrten Baustelle die Arbeiten beginnen.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241868564/Baustelle-in-Pankow-Rumpelnde-Bus-lassen-Hauswaenden-reissen.html>

Datum: 06.03.2024	Medium: RTL Direkt via RTL+
RTL Direkt	Autor: Pinar Atalay Thema: Lars Bocian

Thema: Neuer Bußgeldkatalog in Berlin

Der Beitrag ist hier kostenfrei einsehbar, Thema kommt direkt zu Beginn der Sendung:

<https://plus.rtl.de/video-tv/shows/rtl-direkt-897159/2024-3-992521/episode-41-sendung-vom-12032024-969337>

Datum: 13.03.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

Pankows Lost Place-Villa gerettet: Das ist die Lösung

13.03.2024, 11:32 Uhr • Lesezeit: 4 Minuten

 Von **Thomas Schubert**, Bezirksreporter



Heimatkundler und Lost Place-Fan Christian Bormann versucht, die Villa vor Schönholz in Pankow seit Jahren vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Nun sieht er ein Ziel erreicht. © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Berlin. Regierung eines afrikanischen Landes trifft Entscheidung für Geister-Villa in Pankow. Eine wichtige Hoffnung zerschlägt sich endgültig.

Auch **Lars Bocian**, der mit Christian Bormann jahrelang für eine Rettung warb, zeigt sich zufrieden und sagt: „Wichtig ist, dass der jahrelange Verfall beendet wird und das Gebäude erhalten bleibt. Wenn die Flächen in der Villa nicht für

Land und Bezirk nutzbar gemacht werden, ist es zwar schade. Aber auch eine Botschaftsnutzung ist eine ordentliche Nutzung.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241876524/Pankows-Lost-Place-Villa-gerettet-Das-ist-die-neue-Loesung.html>

Datum: 13.03.2024	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Lars Bocian

Prominente Berliner Ruine vor Rettung: Geistervilla in Pankow soll saniert werden

Nach jahrzehntelangem Leerstand und schweren Schäden kündigt der Eigentümer die Renovierung an. Die „Villa vor Schönholz“ soll künftig als Botschaftsgebäude genutzt werden.

Von **Christian Hönicke**

13.03.2024, 11:39 Uhr

Eine der prominentesten Ruinen in Berlin-Pankow ist offenbar gerettet. Die „Villa vor Schönholz“ soll nach jahrzehntelangem Verfall saniert werden. Das erklärte die Senatskanzlei auf Anfrage des CDU-Abgeordneten **Lars Bocian**. Am 25. Januar habe die Republik Sambia das Auswärtige Amt darüber informiert, dass die...

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/prominente-berliner-ruine-vor-rettung-villa-vor-schonholz-soll-saniert-werden-11356378.html>

Datum: 13.03.2024	Medium: RTL Aktuell via RTL+
RTL Aktuell	Moderator: Peter Kloeppe Thema: Lars Bocian

Thema: Neuer Bußgeldkatalog in Berlin

RTL Aktuell

Sendung vom 13.03.2024

Mi., 13.03.24 • News & Magazine • ab 12 • 22 Min.

Der Beitrag ist hier kostenfrei einsehbar, das Thema kommt ab Minute 12:35:

<https://plus.rtl.de/video-tv/shows/rtl-aktuell-177221/2024-3-989842/episode-73-sendung-vom-13032024-968437>

Datum: 14.03.2024	Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki

Rechtsfreier Raum? Amtliche Verwirrung um Straße in Französisch Buchholz.

Wem gehört diese Straße? Das fragen sich die Anwohner des Vienwegs in Französisch Buchholz. Er ist eine ruhige Seitenstraße unweit der Elisabeth-Aue, schmaler als eine öffentliche Straße sein darf. Darum wurde er einst als Privatstraße gebaut und vom Projektentwickler teilweise als verkehrsberuhigter Bereich ausgeschildert.

„**Die Anwohner glaubten lange**, hier dürfte man nur Schrittgeschwindigkeit fahren und nicht parken, damit Fußgänger, darunter Schulkinder und alte Menschen, sicher gehen können“, berichtet **Werner Behrendt**. Einige Anwohner hätten jedoch verwundert registriert, dass dennoch geparkt wird, aber weder Ordnungsamt noch Polizei etwas unternahmen.

Das hat einen Grund. Das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) erklärte den Anwohnern auf Nachfrage: Für Privatstraßen ist nicht das Bezirksamt zuständig, sondern der Privatbesitzer. Im vergangenen Sommer ließ das SGA die Schilder „Verkehrsberuhigter Bereich“ kurzerhand abschrauben. Die Polizei hatte darauf verwiesen, dass sie angeblich von Anwohnern „eigenmächtig“ aufgestellt worden waren. Erst nach Protesten anwohnender Eltern wurden sie wieder angebracht.

Inzwischen hat der Bezirk eine Kehrtwende vollzogen. „Es handelt sich um eine Privatstraße mit tatsächlich öffentlichem Verkehr“, teilt die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) auf Nachfrage mit. „Für die Anordnung ist die bezirkliche Straßenverkehrsbehörde zuständig, da hier die StVO gilt.“ Die Durchsetzung dieser Regeln obliege „Ordnungsbehörden, Polizei und Ordnungsamt“.

Das alles hatte Anders-Granitzki allerdings schon im August 2023 eingeräumt. Damals hatte die Stadträtin angekündigt, „zeitnah“ gemeinsam mit Polizei, Straßenverkehrsbehörde und Anwohnern „ein sinnvolles Verkehrskonzept mit einer sinnvollen Beschilderung abzustimmen und festzulegen“.

Laut Behrendt ist das aber bis heute nicht passiert, obwohl die Bezirksverordnetenversammlung im Dezember einen Beschluss fasste: Der Vienweg soll offiziell als verkehrsberuhigter Bereich geführt werden. Stattdessen habe sich im Februar das Ordnungsamt schriftlich gemeldet. „Es kündigte die erneute Demontage der blauen Schilder an“, berichtet Behrendt.

Das Amt widersprach demnach seiner Stadträtin: Zwar finde im Vienweg „tatsächlicher öffentlicher Verkehr statt“, doch für Verkehrsrecht und -beruhigung sowie die Baulast sei der Privateigentümer zuständig. Die Straßenverkehrsbehörde dürfe zwar „verkehrsrechtliche Maßnahmen gegenüber dem Eigentümer“ erlassen, dieser müsse sie jedoch umsetzen.

Zu allem Überfluss ist der im Grundbuch eingetragene Eigentümer der Straße nach Behrendts Angaben inzwischen „unauffindbar“. Die Firma sei 2015 aufgelöst worden: „Das hatte das Ordnungsamt offenbar in einer über halbjährlichen Prüfung nicht ermitteln können.“

Nun sind die Anwohner vollends ratlos. „Es gibt gegenwärtig keinen handlungsfähigen Eigentümer der Privatstraße, auf den das Ordnungsamt verweist“, so Behrendt. „Ist es also rechtens, im Vienweg ohne Rücksicht auf Fußgänger ohne Fußweg wild zu parken und 50 km/h zu fahren?“ Ein solcher verkehrsrechtsfreier Raum sei ein „unzumutbarer Missstand“. Die Anwohner fragen sich, ob sie am Ende selbst für die Straße zuständig und auch haftbar sind.

Die Frage kann auch die Stadträtin weiterhin nicht beantworten. Inzwischen ist der Fall wohl sogar noch komplizierter geworden. „Es existieren diverse Eigentümer, diese Eigentümerschaften werden gerade geprüft“, teilt **Anders-Granitzki** mit. Das Bezirksamt plane einen Ortstermin mit den Eigentümern. Gleichzeitig würden Verkehrsmaßnahmen geprüft: „Derzeit finden eine verkehrsrechtliche Betrachtung statt.“

Datum: 14.03.2024	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Lars Bocian

VERKEHRSPROBLEME UND SANIERUNGEN

Abgeordneter Lars Bocian besuchte Schulen

Bernd Wähler aus Pankow, 14. März 2024, 19:14 Uhr



Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Lars Bocian, besuchte alle Schulen in seinem Wahlkreis und informierte sich über aktuelle Themen und Probleme.

Foto: Büro Lars Bocian, hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

Im Rahmen seiner Initiative zur Stärkung des Dialogs zwischen politischen Vertretern und lokalen Bildungseinrichtungen hat der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Lars Bocian, mehrere Schulen in seinem Wahlkreis besucht.

Ein Besuch führte Lars Bocian in die Grundschule Wilhelmsruh. Dort traf er sich mit Mitgliedern der Gesamtelternvertretung (GEV). Die Themen reichten von schulischen Belangen bis hin zum Thema „Elterntaxis“, mit denen Schüler morgens gebracht werden und die für unübersichtliche Verkehrssituationen vor der Schule sorgen. Das Max-Delbrück-Gymnasium in Niederschönhausen besuchte Bocian mit der Staatssekretärin für Bildung, Christina Henke (CDU). Nach einem Rundgang durch die

Schule wurden im Austausch mit Schulleiterin Ulrike Schlicht Probleme und Herausforderungen im Schulalltag erörtert. Die bevorstehende Sanierung des historischen Schulgebäudes stand ebenfalls im Fokus der Gespräche.

An der Grundschule Rosenthal traf sich Lars Bocian mit Schulleiter Hendrik Nitsch. Hier wurden Themen, wie der Religionsunterricht und Probleme mit der Turnhalle erörtert. Bocian sicherte zu, sich um die angesprochenen Anliegen zu kümmern. Die Platanen-Grundschule in Blankenfelde war eine weitere Station, bei der auch Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) dabei war. Das Gespräch mit der Schul- und Hortleitung konzentrierte sich auf die Notwendigkeit einer neuen Mensa, den Sanierungsstau am Gebäude sowie die Verkehrssituation vor der Schule. Es wurde deutlich, dass bei diesen Themen dringender Handlungsbedarf besteht. Die beiden Politiker versprachen, sich darum zu kümmern.

Datum: 15.03.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: CDU Fraktion Pankow, Manuela Anders-Granitzki

GASTRONOMEN VERÄRGERT

Bitterer Streit um „Schikane“ gegen Spätis und Gehweg-Regeln

Berlin. Berlins größter Bezirk Pankow scheitert am Aufstellen klarer Regeln für Außengastronomie. Wirte wissen nicht mehr, was sie noch dürfen.

„Die meisten Spätis haben heute schon nicht mehr als zehn Stühle“, verteidigt Anders-Granitzki die Lösung. Für sie werde sich durch die angebliche Schikane-Regelung gar nichts ändern. „Eine Biergarten-Garnitur vor Spätis“ sei immer erlaubt und werde es bleiben. „Das ist ein Tritt ins Kreuz der Wirte“, sagt Paul zu der Blockade der Regeln, die den meisten Gastwirten Vorteile verschaffen würden.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241895808/Bitterer-Streit-um-Schikane-gegen-Spaetis-und-Gehweg-Regeln.html>

Datum: 16.03.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: CDU Fraktion Pankow, Denise Bittner

ESCHENALLEE-KAHLSCHLAG

Rache für Rodung? Fake-Zettel diffamieren Kiez-Politiker

16.03.2024, 06:15 Uhr • Lesezeit: 3 Minutent

Bezirksreporter



Das Ende der Eschen: Unter Polizeischutz ließ das Bezirksamt Pankow im Februar eine Zeile aus 24 Bäumen für einen Schulweg am Volkspark Friedrichshain in Prenzlauer Berg roden. Nun läuft eine bizarre Rache-Kampagne. © Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. Bizarrer Klima-Protest: Pankower Politiker entsetzt über Zettelkampagne mit irreführenden Aussagen zu Baumfällung in Prenzlauer Berg.

„Verlogenheit ruiniert die Demokratie“, steht in großen Lettern über einer Sammlung von Zitaten, die angeblich von Pankower Lokalpolitikern stammen. Es sind **fiktive Aussagen**, die Bezirksverordneten zugeschrieben werden, die für den Bau eines Schulwegs für die Ausweichschule auf der Werneuchener Wiese für 800 Kinder stimmten – und dafür die Fällung von 24 Eschen in Kauf nahmen, die im Februar nur unter Polizeischutz gelang.

Gleich mehrere Zettel mit diesem schmähenden Aufdruck sind nun in Prenzlauer Berg aufgetaucht. Und machen Politiker von CDU, SPD und Linken lächerlich, die sich gegen Forderungen von Grüne nach einer Baumrettung in der sogenannten „Eschenallee“ gestellt hatten. Weil sie der Ansicht waren, dass die Schulwegsicherheit **einen Fuß- und Radweg an dieser Stelle** braucht.

Rodung der Eschen in Prenzlauer Berg – Politiker am Pranger



Zettel mit Falschaussagen von Pankower Lokalpolitiker machen Verordnete lächerlich, die an Klima-Argumenten Zweifel hatten und für die Sicherheit von Kindern argumentierten. © privat / BM | Privat

Auch das Bezirksamt Pankow kam nach monatelangen Untersuchungen zu dem Schluss, dass es zur Baumrodung keine Alternative gibt. Nach einer Abwägung stellte man die Schulwegsicherheit über den Klimaschutz. Nun, da die **Eschen zugunsten des Gehwegs gerodet** sind, werden Politiker an den Pranger gestellt und diffamiert.

Auf den Zetteln mit **gefälschten Zitaten** finden sich Behauptungen, die es nie gab, wie etwa: „Natürlich war mir klar, dass das Sicherheitsargument nur ein Vorwand war (ich bin ja nicht blöd), aber mir geht das ganze Klima- und Ökogequatsche sowas von auf die Nerven.“ Oder: „Natürlich wusste ich, dass eine ganze Menge Leute vor Ort für den Erhalt der Baumallee kämpfen. Aber ich fand es gut, den Prenzlbergern mal schön ihre Grenzen aufzuzeigen.“

Pankows CDU prüft Schritte gegen „Initiative für nachdenkliche Demokratie“

Viele der falschen Zitate bringen **Sympathien mit Klimaschutz** und Grünen-Politik zum Ausdruck. Versehen ist der Aushang mit dem Urheber „Initiative für nachdenkliche Demokratie.“ Wobei diese Gruppierung offenbar ebenso fiktiv ist wie die Sprüchesammlung selbst.

Zur Erinnerung: Jahrelang tobte in Pankow ein **hitziger Streit** darüber, ob sich die Bäume der „Eschenallee“ verschonen lassen. Und ob ein solcher Kahlschlag in einem Bezirk mit selbst erklärtem Klimanotstand verboten gehört. Während zunächst alle 47 Eschen für den Schulweg fallen sollten, waren es am Ende 24, was der Bezirk als Kompromissangebot ansah. Die auf dem **Satire-Zettel** genannten Politiker-Zitate gab es in den stundenlangen Wortgefechten allerdings nie.

Deswegen prüft unter anderen **CDU-Fraktionschefin Denise Bittner** nun rechtliche Schritte gegen die **Zettel-Kampagne**, wie sie der Morgenpost sagte. Dass Politiker vorgeführt und mit Falschaussagen an den Pranger gestellt werden, sei nicht hinnehmbar und schädlich für die Demokratie.

Datum: 16.03.2024	Medium: Berliner Zeitung
Berliner Zeitung	Autor: BLZ Thema: Lars Bocian

Pankow: Villa vor Schönholz gerettet

Die Villa vor Schönholz, ein historisches Gebäude mit einer turbulenten Geschichte, ist offenbar gerettet.

BLZ

16.03.2024 | 23:50 Uhr

Die Villa, ursprünglich als „Villa Langheinrich“ in den 1880er Jahren erbaut, ist offenbar gerettet. Das erklärte die Senatskanzlei auf Anfrage des Pankower CDU-Abgeordneten **Lars Bocian**. Am 25. Januar habe die Republik Sambia das Auswärtige Amt darüber informiert, das Gebäude renovieren zu wollen, um es wieder zu Botschaftszwecken nutzen zu können. Das Gebäude sollte bereits 1999 zur sambischen Botschaft werden. Doch nach der Demontage der Vandalismus-Schutzplatten entwickelte sie sich zu einem der bekanntesten „Lost Places“ Deutschlands. In der Vergangenheit diente die Villa als Polizeirevier, Altenheim, Mietwohnungen und eine NVA-Musterungsstelle. Sie erhielt sogar den Namen „Leichenvilla“, da im Zuge des Teilrückbaus des Friedhofs am Bürgerpark, Leichen im Keller der Villa gestapelt wurden.

Nach einem Brand, für den das Wirtschaftsamt verantwortlich gemacht wurde, stand die Villa jahrelang ohne historische Bedachung da. Das Land Berlin sanierte das Gebäude und übergab es an die sambische Republik, mit der Absicht, dass diese dort ihre Botschaftsvertretung einrichten sollte. Doch nichts geschah und die Villa stand schutzlos da, was zu weiteren Vandalismus und Diebstahl führte.

Christian Bormann, ein Historiker und **Lars Bocian** (CDU) bemühten sich um die Rettung der Villa. Bormann versuchte sogar, auf eigene Faust mit der sambischen Aktivistin Lunia Hara in der Sambischen Republik zu verhandeln. Wegen mehrerer Brände war klar, dass nur intensive Bemühungen und massiver Einsatz das Gebäude retten könnten.

Anfang März hatte Bormann die Gelegenheit, mit der sambischen Projektmanagerin für die Entwicklung des Gebäudes, Frau Müller, zu sprechen. Trotz anfänglicher Spannungen aufgrund Bormanns Medienkampagne in der Sambischen Republik, teilte Frau Müller mit, dass das Grundstück gesichert und danach saniert werden soll. Die Villa soll tatsächlich der Sitz der Sambischen Botschafterin in Berlin werden.

Sollte diese Absichtserklärung umgesetzt werden, wäre es die Rettung eines historischen Gebäudeschatzes in Schönholz und ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung dieses bedeutenden Teils der Berliner Geschichte.

Datum: 16.03.2024	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

Keine Durchfahrt für große Lkw

BUCH: Die langen Fahrzeuge
bleiben in der engen Kurve stecken

von [Bernd Wähler](#)

Für mehr Schulwegsicherheit in Buch setzt sich der Pankower Abgeordnete Johannes Kraft (CDU) ein.

In einem auf seine Initiative hin von der CDU-Fraktion in die BVV eingebrachten Antrag fordert er das Bezirksamt auf, ein Einfahrtsverbot für lange Lkw an der Walter-Friedrich-Straße anzuordnen. Regelmäßig bleiben in der schmalen, rechtwinkligen Kurve der Walter-Friedrich-Straße Lkw auf Höhe der Kita „Kleine Schlaufüchse“ stecken. Sie müssen die als Einbahnstraße ausgewiesene Straße dann, teils mit Aufliegern, etwa 200 Meter rückwärts wieder verlas-

sen. Durch die geringe Fahrbahnbreite der meist zugeparkten Straße bilden sich nicht nur häufig Rückstaus, die Straße wird auch unübersichtlich für den Fuß- und Radverkehr. Um das zu vermeiden, sollte ein Einfahrtsverbot für Fahrzeuge mit einer Länge von über zehn Metern ab Beginn der Walter-Friedrich-Straße angeordnet werden, fordert Kraft. „Vor allem für die Kinder der Kita und Kinder, die vom angrenzenden Spielplatz kommen, sowie für die Schüler der Hufeland-Oberschule entstehen durch die langen Lkw gefährliche Situationen“, sagt Johannes Kraft. Mit einem Einfahrtsverbot kann hier einfach für mehr Verkehrssicherheit gesorgt werden.“

Datum: 20.03.2024	Medium: nd
nd JOURNALISMUS VON LINKS	Autor: Christian Lelek Thema: Lars Bocian



Gegen die Überfüllung der Klassenzimmer wollen die Grünen per Novelle des Berliner Schulgesetzes vorgehen.

Zitat von/Ina Bittner

Berlin/Bildungspolitik

Gedränge im Klassenzimmer: Berliner Grüne wollen Gesetzesänderung

**Die Grünen wollen überbelegte Schulklassen verkleinern
und dafür ans Schulgesetz**

Um das Problem der übervollen Klassen in den Griff zu bekommen, strebt die Berliner Grünenfraktion eine Änderung des Schulgesetzes an. Einen entsprechenden Antrag, der »nd« vorliegt, hat die Fraktion am Dienstag beschlossen. Im Wesentlichen soll die maximale Schüler*innenzahl pro Klasse festgelegt werden. Zudem sollen im Fall ihrer Überschreitung Entlastungsmaßnahmen greifen – welche genau, soll in die Hände der Senatsbildungsverwaltung gelegt werden.

»Weil sich innerhalb der Regierungskoalition nichts tut, und die Lehrkräfte weiterhin diesen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind«, begründet Louis Krüger (Grüne), bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, gegenüber »nd« das Vorhaben. »Wir wollen der Regierung eine Tür öffnen.«

Der Antrag sieht eine Obergrenze von 24 Schüler*innen für Grundschulklassen und die Primarstufe an Gemeinschaftsschulen vor. Für die Sekundarstufen I und II an Gemeinschaftsschulen sowie an Integrierten Sekundarschulen sollen höchstens 26 Schüler*innen zulässig sein, an Gymnasien 32. Sofern diese Zahlen dauerhaft überschritten werden, sollen Entlastungsmaßnahmen greifen, die von der Bildungsverwaltung festgelegt werden. Dass der Antrag nicht konkreter werde, liege an der formalen Struktur, erklärt Krüger. Für ein Gesetz seien derlei Regelungen zu spezifisch, stattdessen seien sie per Verordnung festzulegen, erklärt Krüger. Dennoch sollen die Lehrkräfte mit der Novelle ein Vorschlagsrecht für ihren Unterrichtseinsatz bekommen.

Bisher sind laut Grundschulverordnung höchstens 26 Schüler*innen je Klasse an Grundschulen und Primarstufen vorgesehen. Zuletzt wurden in knapp 500 Klassen 27 und mehr Schüler*innen gezählt. Nach Angaben der Bildungsverwaltung beläuft sich die Überbelegung auf 27 000 Schüler*innen. Anfang des laufenden Schuljahres waren 716 Vollzeitstellen für Lehrkräfte unbesetzt.

Kleinere Klassen sind auch ein Ziel der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin. Realisieren will sie dies über einen sogenannten Tarifvertrag Gesundheitsschutz. Ihr geht es um die Entlastung der Lehrkräfte. Klassengrößen seien hierbei nur ein Teil der Tarifforderung, erläutert die Leiterin des Bereichs Tarifpolitik der GEW, Anne Albers. Auf gesetzlichem Wege sei vor allem die Qualität des Unterrichts zu beeinflussen. Dennoch zeige das Gesetzesvorhaben, so Albers, »dass der Senat sich selbst verpflichten kann, politisch, gesetzlich, den Weg zu kleineren Klassen zu gehen, wenn er diese tatsächlich will«. Die CDU erklärte im Wahlprogramm, Obergrenzen per Schulgesetz verankern zu wollen: 20 Schüler*innen an Grundschulen, 25 an weiterführenden Schulen. Die Umsetzung lehnt Maja Lasic, bildungspolitische Sprecherin der SPD, jedoch ab: Zurzeit sei ein solches Vorhaben Rechtsbruch mit Ansage, da die formulierten Zahlen nicht realisierbar seien. Als Teil der Regierung seien die Grünen noch derselben Ansicht gewesen. Lasic sagt weiter: »Dass die Klassengrößen momentan über das Ziel hinausschießen, liegt weniger am Lehrkräftemangel als an nicht vorhandenen Schulplätzen.« Ein solches Gesetz komme frühestens nächste Legislatuperiode infrage, wenn wichtige Schulbauten realisiert seien.

In die gleiche Richtung gingen die Ausführungen des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion. **Lars Bocian** zufolge sei die Klassengröße zu beschränken, ein wichtiges Anliegen. Zunächst müssten jedoch die Voraussetzungen dafür geschaffen sein. Bocian nannte die Berliner Schulbauoffensive und [die Gewinnung neuer Lehrer](#).

Datum: 19.03.2024	Medium: Berliner Zeitung
Berliner Zeitung	Autor: Elmar Schütze Thema: Dirk Stettner

Migration: Berlin will sein Flüchtlingslager in Tempelhof mehr als verdoppeln

**Eine Woche nach dem Großbrand in Tegel:
Jetzt soll auch der frühere Flughafen
Tempelhof mehr Flüchtlinge aufnehmen.
Dort soll Platz für 3000 Menschen
entstehen.**



Das Containerdorf am Tempelhofer Feld besteht seit sieben Jahren. Inzwischen wohnen auch wieder Menschen in den benachbarten Hangars. Jetzt sollen die Kapazitäten mehr als verdoppelt werden.

Benjamin Pritzkelei

Der Senat treibt die Belegung mit Flüchtlingsunterkünften auf dem [Tempelhofer Feld](#) voran. Dort soll nach Vorstellung der [CDU](#) eine ähnlich große Einrichtung entstehen wie auf dem Gelände des früheren Flughafens [Tegel](#). Dort hatte in der vorigen Woche ein Brand eine Leichtbauhalle komplett zerstört, 1000 Menschen mussten vor den Flammen in Sicherheit gebracht werden. In der schwarz-roten Koalition im [Abgeordnetenhaus](#) droht wegen der CDU-Pläne Ärger.

Berlins CDU-Fraktionschef [Dirk Stettner](#) will die Flüchtlingsunterkunft auf dem Tempelhofer Feld stärker ausbauen als bisher geplant. Am Dienstag forderte der Politiker die Schaffung von 3000 zusätzlichen Plätzen auf dem Areal. Der Koalitionspartner SPD lehnte den Vorschlag umgehend ab.

„Die Lage bei der Flüchtlingsunterbringung ist seit Monaten höchst angespannt und wird sich weiter verschärfen.“

CDU-Fraktionschef [Dirk Stettner](#)

Stettners Pläne gehen über das hinaus, was die beiden Koalitionspartner vereinbart haben. Beide Parteien wollen zwar die Notunterkunft auf dem Feld für eine begrenzte Zeit erweitern und dazu das Tempelhof-Gesetz ändern, das eine dauerhafte Bebauung des Feldes verbietet. Allerdings könnten auf den derzeit diskutierten Flächen maximal rund 900 weitere Plätze in Containern entstehen. Für 3000 zusätzliche Plätze müssten auf dem Gelände des früheren Flughafens weitere Flächen gefunden werden.

„Die Lage bei der Flüchtlingsunterbringung ist seit Monaten höchst angespannt und wird sich weiter verschärfen“, begründete **Stettner** seinen Vorstoß. Deshalb habe die CDU der Integrationssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) die temporäre Ausweitung der Unterkünfte in Tempelhof angeboten, wie er sagt. „Hier sollten weitere Flächen zur Reserve für bis zu 3000 zusätzliche Plätze geschaffen werden.“ Dazu müssten weitere Areale benannt werden.

Die SPD lehnte den Vorstoß umgehend ab. „Eine weitere Änderung des Gesetzes ist mit uns nicht zu machen“, sagte der Sprecher für Soziales der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Lars Düsterhöft.

Für Düsterhöft ist klar: „Die massenhafte Unterbringung geflüchteter Menschen kann nur ein Mittel in der Not sein, eine Art Notanker.“ Die Großunterkünfte Tempelhof und Tegel zeigten, dass bei solcher Art der Unterbringung viele Probleme entstünden. „Eine dezentrale Unterbringung muss das Maß aller Dinge sein“, so der SPD-Fachpolitiker. Und das sei auch hinzubekommen.

Wie dies konkret möglich wäre, aber auch die weitere Nutzung von Tempelhof war auch Thema bei der Sitzung des Berliner Senats am Dienstag. Auf der anschließenden Pressekonferenz berichtete Düsterhöfts Parteifreund, Bausenator Christian Gaebler, über „intensive Gespräche“ über die Vorschläge der senatseigenen Taskforce Geflüchtete. Das Gremium, dem Vertreter mehrerer Senatsverwaltungen sowie der Senatskanzlei angehören, soll Standorte für weitere Container-Siedlungen, aber auch für den Bau von festen Unterkünften identifizieren. Zur Senatssitzung am nächsten Dienstag solle eine konkrete Liste vorliegen, so Gaebler.

Zu konkreten Zahlen für Tempelhof blieb der Bausenator vage. „Die Zahl 3000 würde ich jetzt nicht bestätigen“, sagte er. Ein klares Nein klingt anders. Darüber hinaus sei es richtig, „rechtzeitig Vorsorge“ zu treffen, falls die Flüchtlingszahlen nach dem Winter wieder anstiegen, sagte der SPD-Politiker.

Gaebler verwies auf die aktuellen Arbeiten am Tempelhof-Gesetz, das sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindet. Vorigen Donnerstag stimmte der

Umweltausschuss dem Gesetzentwurf bereits zu, nun kommt es ins Plenum des Abgeordnetenhauses. Nächster Termin ist Donnerstag. Dass CDU-Fraktionschef **Stettner** seinen Vorstoß jetzt lanciert, ist sicher kein Zufall.

Flüchtlingslager Berlin-Tempelhof: Die Kapazitäten sind fast ausgeschöpft

Der Gesetzesentwurf sieht vor, die bisherigen Unterkünfte auf dem Gelände weiter nutzen zu können sowie neue Flächen für eventuelle neue Unterkünfte und soziale Infrastruktur rechtlich abzusichern. Insgesamt geht es um ein Areal von 14,4 Hektar. Das entspricht 4,7 Prozent der Gesamtfläche des Tempelhofer Felds. Die Nutzung soll bis Ende 2028 beschränkt sein.

Bisher leben auf dem Areal rund 2300 Menschen, darunter gut 1400 in den Hangars und 850 in einem Containerdorf nebenan. Die Kapazitäten sind nahezu ausgeschöpft.

Datum: 21.03.2024	Medium: Tagesspiegel Pankow Newsletter
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki



T+ **Kippt das 29-Euro-Ticket für Berlin?** Sozialdemokraten stellen sich gegen eigenes Wahlkampfversprechen

Für die SPD war das 29-Euro-Ticket das wichtigste Wahlkampfversprechen. Doch jetzt stellen selbst Genossen das umstrittene Angebot infrage. Wackelt die Einführung doch noch?

„Das 29-Euro-Ticket halte ich aus verkehrlicher Sicht nicht für sinnvoll. Auch Brandenburger Pendler werden das Ticket kaufen, das wird für zusätzlichen Parkdruck am ersten Berliner Bahnhof am Stadtrand sorgen“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU, **Johannes Kraft**.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten. [Kippt das 29-Euro-Ticket für Berlin?: Sozialdemokraten stellen sich gegen eigenes Wahlkampfversprechen \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de/berlin/kippt-das-29-euro-ticket-fuer-berlin-sozialdemokraten-stellen-sich-gegen-eigenes-wahlkampfversprechen)

Kleingärtner kämpfen gegen ihre Verdrängung durch Kreuzkröten – das jahrelange Drama um das „Pankower Tor“ hat eine erneute Zuspitzung erfahren. In einem

offenen Brief stellt sich der Bezirksverband der Kleingärtner Weißensee gegen die „Vernichtung der Kleingartenanlage ‚Feuchter Winkel West‘ durch unerwartete Wendungen im Projekt ‚Pankower Tor‘“. Die 36 Parzellen der Laubenkolonie sollen offenbar dem neuen Habitat für bedrohte Tierarten weichen, damit das „Pankower Tor“ nebenan entstehen kann.

Die Tiere leben derzeit auf der Hauptfläche des ehemaligen Rangierbahnhofs Heinersdorf zwischen Berliner Straße und Prenzlauer Promenade. Wie berichtet, sollen die vom Aussterben bedrohten Kreuzkröten und auch Zauneidechsen umgesiedelt werden, damit dort ein Stadtquartier mit 2000 Wohnungen, einer Schule und einem Möbelmarkt entstehen kann.

Der neue Lebensraum für die Exoten ist auf der Fläche östlich der Prenzlauer Promenade vorgesehen. Dort befinden sich die denkmalgeschützten Bahnlokschuppen. Bezirk, Land und Investor Kurt Krieger haben an diesen Plan laut Pankows Umweltstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) Ende Februar „den finalen Haken“ gesetzt.

Der Naturschutzbund (Nabu) Berlin hatte der Auffassung des Bezirksamts jedoch bereits deutlich widersprochen, das Krötenproblem sei nun gelöst. Es sei „immer noch völlig unklar, welche Fläche genau den Tieren künftig zur Verfügung stehen könnte, wie diese für die Kreuzkröte und weitere geschützte Arten hergerichtet werden soll und wie die Tiere dorthin gelangen können“, kritisierte der Nabu-Vorsitzende **Rainer Altenkamp**.

Der Bezirk habe insbesondere immer noch keinen konkreten Plan für die Ostfläche – dort sind seit Jahren ein Schulneubau beziehungsweise ein Gewerbe- und Kulturgebiet im Gespräch. Nun seien Teile davon „klammheimlich vom Bezirk als ‚städtebauliche Entwicklungsfläche‘ deklariert und damit dem Kreuzkrötenschutz entzogen“ worden, so Altenkamp. Baustadtrat **Cornelius Bechtler** (Grüne) hatte in diesem Zusammenhang mehrfach erwähnt, dass zumindest Teile der angrenzenden Kleingartenanlage „Feuchter Winkel“ für die Errichtung eines neuen Habitats geprüft würden, ohne jedoch Details zu nennen.

Die hat nun offenbar der Weißenseer Kleingärtner-Verband. Der Bezirk habe die Laubenkolonie „zum Abschluss“ freigegeben, kritisiert er in dem offenen Brief, der unter anderem an Berlins Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner**(CDU), das Bezirksamt Pankow und die Berliner Abgeordneten verschickt wurde. „Die zuständigen Bezirksstadträte haben weder das demokratische Selbstverständnis noch den Anstand, mit den potenziell Betroffenen in Kommunikation zu treten und gemeinsam mit ihnen nach einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung zu suchen“, heißt es im Brief. „Es wird nicht einmal der Mut aufgebracht, diese geplante Schleifung einer Kleingartenanlage den Kleingärtnern und ihren Interessenvertretern direkt zu übermitteln.“ Stattdessen werde die Mitteilung über das zu schaffende Kreuzkrötenreservat „dem neuen Bodeneigentümer Krieger überlassen“.

Für den drohenden Verlust der Parzellen macht der Kleingartenverband vorrangig den Nabu Berlin verantwortlich. Umsiedlungsflächen für die Kreuzkröten in Brandenburg – unter anderem in Waltersdorf – hätten zur Verfügung gestanden. Dagegen jedoch habe der Nabu „warum auch immer“ geklagt und das Land Berlin sei in Anbetracht eines im Zweifel mehrjährigen Rechtsstreits und der damit einhergehenden weiteren Verzögerung des Baubeginns „eingeknickt“. Nun solle der Bebauungsplanentwurf geändert und „die Kleingartenanlage ‚Feuchter Winkel West‘ zum Abschluss zugunsten eines Kreuzkrötenhabitats freigegeben“ werden.

Um dies noch zu verhindern, führen die Kleingärtner selbst Umweltaspekte und bedrohte Arten ins Feld. Der Erhalt der Anlage sei „unabdingbar“, weil sie unter anderem „offenbar zur Heimstatt des seltenen Eichbockkäfers geworden sind“. Im August sei „eines dieser hoch gefährdeten Exemplare (...) in der KGA aufgefunden“ worden und sei vom Nabu selbst identifiziert worden. Im B-Plan-Entwurf seien zudem „viele gute und unabweisbare Gründe“ für den Erhalt der Anlage aufgeführt worden, etwa „Bodenschutz, Klima, Grundwasser, Luftreinhaltung, Habitat geschützter Arten, Landschaftsgestaltung usw.“

Es gehe hier aber auch um Menschen, „die mit Vernichtung einer Kleingartenanlage ihres Lebensinhalts und ihres sozialen Engagements beraubt werden“, kritisiert der Verband und appelliert an die Lokalpolitik: „Wir fordern Sie auf, diesen geplanten Schildbürgerstreich der Vernichtung eines Habitats für streng geschützten Arten zugunsten eines Habitats für die Kreuzkröte noch zu verhindern!“ Die Pankower Bezirksverordnetenversammlung (BVV) solle für eine Änderung des Bebauungsplans stimmen und die KGA „Feuchter Winkel Ost“ und „Feuchter Winkel West“ zu „öffentlichen und privaten Grünflächen“ umwidmen.

Der Nabu Berlin hatte die erwartete Kritik der Kleingärtner bereits im Vorfeld zurückgewiesen. Der Plan, die Krötenpopulation auf die Ostfläche umzusiedeln, sei von Bezirk und Investor Kurt Krieger eronnen worden, hatte der Nabu-Vorsitzende Altenkamp kürzlich erklärt. „Nach den Vorstellungen des Investors und des Bezirks Pankow sollen dafür unter anderem Kleingärten beräumt werden.“

Altenkamp hatte daraufhin seine Forderung erneuert, die Kröten und Eidechsen am besten auf der Hauptfläche zu lassen und das Projekt umzuplanen: „Es wäre immer noch am besten, die Kreuzkröten auf ihrer jetzigen Fläche im Westteil des ‚Pankower Tors‘ zu belassen und den geplanten Möbelmarkt anderswo zu errichten.“

Späti-Streit: Verordnete gegen Sitzplatz-Verbot, Bezirksamt sagt Änderungen zu. Nächste Runde im Pankower Späti-Streit: Das Bezirksamt will die geplanten strengen Sitzplatzregeln nach Kritik der Bezirksverordneten noch einmal überprüfen. Das kündigte die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) an. Sie erklärte, das Konzept solle erst „nach letzten Abstimmungen und einer entsprechenden Beschlusslage“

der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in der Praxis angewandt werden: „Ein genauer Zeitpunkt kann dazu noch nicht benannt werden.“

Das Konzept sieht weitreichende Einschränkungen für die Nutzung der Pankower Bürgersteige vor. Grundsätzlich sollen in Zukunft mindestens zwei Meter Gehwegbreite für den Fußverkehr frei bleiben. Um das zu erreichen, sollen insbesondere von Gewerbetreibenden aufgestellte Möbel verschwinden. Auch aus städtebaulichen Gründen will der Bezirk „Beeinträchtigungen des Stadtbildes durch eine Überausstattung von Schankvorgärten mit zusätzlichen Möblierungen und anderen Gegenständen“ vermeiden.

Sogenannte Spätis sollen künftig nur noch in Ausnahmefällen und auf Antrag Sitzmöbel auf Gehwege stellen dürfen. Sie werden im Konzept als „Mischbetriebe“ zwischen Gastronomie und Supermarkt aufgeführt. Die Stadträtin bestätigte die geplante Regelung nun auch offiziell. „Ja, zu Mischbetrieben zählen auch Spätis“, teilte sie mit. „Den Begriff Spätis kennt das Gewerbeamt nicht.“


Doch die Bezirksverordneten wollen dies so nicht hinnehmen. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Katja Ahrens** sieht etwa „eine Scheinlösung“, da viele Späti-Betreiber die Anforderungen für die Genehmigung in der Realität nicht einhalten könnten – etwa weil sie über keine Gaststättenerlaubnis verfügen.

Nun soll das Bezirksamt das Konzept noch einmal „überarbeiten“. Das fordern SPD und FDP in einem gemeinsamen Vorstoß. Den Spätverkaufsstellen solle nicht nur ausnahmsweise und unter strengen Auflagen, sondern im Regelfall „auf Antrag eine Genehmigung zur Sondernutzung des öffentlichen Straßenraums erteilt werden“, heißt es darin. Der Antrag wurde vergangene Woche im BVV-Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung angenommen – er dürfte in der nächsten BVV Mitte April offiziell beschlossen werden.

Anders-Granitzki sagte zu, die „Beschlusslage“ der BVV abwarten zu wollen. Auf die Frage, ob und wie die Späti-Regeln noch angepasst werden könnten, blieb sie allerdings vage: „Etwasige Änderungen werden Teil der abschließenden Abstimmungen sein.“

Bei den sogenannten Beachflags allerdings zeigte Anders-Granitzki keine Kompromissbereitschaft. Diese Werbefahnen sollen wie berichtet von den Gehwegen verschwinden, da sie nach Auffassung des Bezirksamts insbesondere für Seheingeschränkte ein großes Unfallrisiko darstellen. Beachflags „werden nicht nur nicht mehr gestattet sein, sie wurden in Pankow bisher gar nicht erlaubt“, erklärte die Stadträtin. Diese Regelung sei nicht neu, sondern lediglich im Konzept auch „schriftlich fixiert worden“.

Die Kontrolle der neuen Gehweg-Regeln soll nach Angaben von Anders-Granitzki durch die Streifen des Ordnungsamtes erfolge

Datum: 24.03.2024	Medium: Süddeutsche Zeitung
	Autor: Thema: Dirk Stettner

Abgeordnetenhaus - Berlin:

Stettner kritisiert geplante Palästinenser-Veranstaltung



Eine Plenarsitzung des Berliner Abgeordnetenhauses. Foto: Wolfgang Kumm/dpa (Foto: dpa)

[Berlin](#) (dpa/bb) - CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** hat eine Mitte April in Berlin geplante Veranstaltung israelfeindlicher und antisemitischer Gruppierungen scharf kritisiert. "Ein solcher Kongress wäre eine Schande für Berlin", sagte er am Donnerstag im Abgeordnetenhaus. Bei der geplanten Veranstaltung gehe es in keiner Weise darum, das Schicksal der im Krieg im

Gazastreifen sterbenden Menschen zu thematisieren. Ziel sei vielmehr, Rassismus, Judenhass und Israelhass zu proklamieren.

"Vielleicht können wir ihn nicht verbieten, weil er keiner Genehmigung bedarf", so **Stettner** zu dem Kongress. "Aber wir müssen alles uns Mögliche tun, damit eine solche Judenhasserveranstaltung nicht stattfindet." Was genau ihm da vorschwebt, sagte er im Plenum nicht. Allerdings hatte der Politiker bereits öffentlich an Berliner Veranstalter appelliert, überzeugten Antisemiten keine Räume zu vermieten, und an den Bund, ihnen die Einreise zu verweigern.

Vor wenigen Tagen hatte Innensenatorin Iris Spranger (SPD) mitgeteilt, dass die Behörden den geplanten "Palästina-Kongress" im Blick hätten. Für die Veranstaltung mobilisierten vor allem Gruppierungen, die dem israelfeindlichen "Boykott-Spektrum" zuzurechnen seien. Dazu kämen weitere antiisraelische Gruppierungen wie die Gruppe ArbeiterInnenmacht (GAM), Revolution (REVO) und das Vereinigte Palästinensische National Komitee (VPNK). Die Berliner Sicherheitsbehörden stünden dazu in engem Austausch.

"Berlin steht nicht für Hetze und Spaltung", sagte **Stettner** im Parlament. "Im Gegenteil brauchen wir ein breites Bündnis für Toleranz, für Demokratie." Dafür sei im Abgeordnetenhaus geplant, eine sogenannte Enquetekommission für gesellschaftlichen Zusammenhalt einzurichten. "Es geht darum, uns zusammenzuhalten, egal ob wir hier aufgewachsen oder hinzugekommen sind", so **Stettner**. "Es geht darum, Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen und Gemeinsamkeiten zu schaffen und diese zu stärken. Dafür müssen wir miteinander darum ringen, was der beste Weg zum besten Zusammensein ist."

Datum: 30.03.2024	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Der Schwarzarbeit auf der Spur

PANKOW: Mehr Fälle im handwerklichen und gewerblichen Bereich aufgespürt

von Bernd Wähler

Schwarzarbeit hat zugenommen. Dieses Fazit lässt sich nach Veröffentlichung der Jahresbilanz der „Zentralen Stelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Land Berlin“ (ZSBS-B) ziehen.

Die ZSBS-B ist beim Bezirksamt Pankow im Bereich des Ordnungsamtes angesiedelt. Ihre Aufgabe ist es, im gesamten Stadtgebiet Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zu verfolgen und zu ahnden. Sie hat im vergangenen Jahr 457 Fälle bearbeitet, im Jahr zuvor waren es 399 Fälle. Aufgedeckt

wurde ein wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit in Höhe von rund zwei Millionen Euro. Durch die ZSBS-B wurden daraufhin Bußgelder in Höhe von rund 108 000 Euro vereinnahmt.

„Schwarzarbeit stellt gerade im Bereich des Handwerks, aber auch in allen anderen Gewerbebezweigen weiterhin einen erheblichen Störfaktor für die am Wirtschaftsleben Beteiligten dar“, erklärt Stadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU). Beleg hierfür sei die gegenüber dem Jahr 2022 um 14,5 Prozent angestiegene Zahl der Fälle wegen handwerks- und gewerberechtllicher

Schwarzarbeit. „Insbesondere für kleinere und mittlere Handwerks- und Gewerbebetriebe ist die unlautere Konkurrenz existenzgefährdend.“

Die ZSBS-B hat im Jahr 2023 außerdem 26 Verbundeinsätze begleitet, unter anderem mit der Polizei, der Steuerfahndung und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Bundeszollverwaltung. Durch das Wirken der ZSBS-B konnten im Jahr 2023 insgesamt 13 Betriebe in die Handwerksrolle eingetragen werden, in denen zuvor schwarzgearbeitet wurde. Zwei Betriebe konnten die gewerbliche Anmeldung nachholen, sodass deren Tätigkeit nicht mehr als Schwarzarbeit zu bewerten

ist. Zwei Handwerksbetrieben musste die weitere Ausübung des Betriebes untersagt werden, und in sechs Fällen mussten nichthandwerkliche Gewerbebetriebe eingestellt und abgemeldet werden.

In diesem Zusammenhang macht Stadträtin Manuela Anders-Granitzki darauf aufmerksam, dass es auch zu den Zielsetzungen der ZSBS-B gehöre, auf die Legalisierung nicht rechtskonform agierender Handwerks- und Gewerbebetriebe zu drängen und somit eine ordnungsgemäße Gewerbeausübung herbeizuführen. „Dies trägt mit dazu bei, Arbeitsplätze zu erhalten und Steueraufkommen zu sichern.“

Datum: 30.03.2024	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

Hebammen parken umsonst

BERLIN. Hebammen, ob freiberuflich oder in Hebammenpraxen angestellt, dürfen in Parkscheingebieten kostenfrei parken, ohne ein Ticket zu ziehen. Das betrifft auch ambulante Pflegedienste, wie Verkehrsministerin Manja Schreiner (CDU) mitteilt. Die Gebührenfreiheit sei ein weiterer Punkt aus der Vorhabenliste des Senats, der jetzt umgesetzt wird. Die Befreiungen von der Parkscheinpflicht wurden vereinfacht. „Antragsteller müssen nur noch glaubhaft versichern, die Freistellung von der Parkgebührenpflicht dringend beziehungsweise in bestimmten Gebieten zu benötigen“, so Schreiner. Außerdem erhalten Hebammen und ambulante Pflegedienste auf Antrag „zusätzlich eine einzelne pauschale und kennzeichenlose Freiparkenregelung für ganz Berlin“. **DJ**

Datum: 30.03.2024	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: CDU-Fraktion Pankow

Der Große Stein als touristischer Ort

FRANZÖSISCH BUCHHOLZ: Auf geologische Besonderheit hinweisen

von Bernd Wähler

Er ist eine geologische Rarität im Ortsteil: der Große Stein unweit der A114. Dieser soll nun auch ein touristischer Anziehungspunkt im Bezirk werden. Das beschlossen die Pankower Verordneten auf Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Verordneten.

Das Gewicht des schätzungsweise 1,4 Milliarden Jahre alten Findlings wird auf 105 Tonnen geschätzt. Entdeckt wurde er von Landwirten zu Beginn des 20. Jahrhunderts beim Pflügen. Bei diesem Stein handelt es sich um ein sogenanntes Großgeschiebe. Es wurde wahrscheinlich von Eismassen aus Skandinavien nach Buchholz geschoben. Seit 1931 stehen der Große Stein und das ihn umgebende Gelände unter Naturschutz.

Nun soll der Große Stein laut BVV-Beschluss offiziell auch „touristischer Standort und Teil des Berliner Wegeleitsystems



Der Große Stein ist rund 1,4 Milliarden Jahre alt. Derzeit wird das Gelände drumherum neu gestaltet. Foto: Bernd Wähler

auf Landesebene“ werden. Hinweisgeber sollen aufgestellt werden, regen die Verordneten an. „Der Große Stein von Buchholz ist eine touristische Attraktion“, heißt es aus der CDU-Fraktion. In den vergangenen Jahren wurde das Naturdenkmal überwuchert und zum Teil durch Bauarbeiten verschüttet. Die Autobahn GmbH richtet das Areal derzeit im Zuge der Sanierung der A114 auf eigene Kosten wieder her und pflanzt dort auch Bäume. Der Stein ist

inzwischen wieder freigelegt und soll einer naturkundlichen touristischen Nutzung zugänglich gemacht werden. Das Projekt wird vom Bürgerverein Französisch Buchholz begleitet, der auch die Kosten für die touristische Beschilderung übernehmen will. Eine Kostenbeteiligung durch das Bezirksamt wäre jedoch wünschenswert, meint die CDU-Fraktion. Auf jeden Fall soll der 6,5 mal 4,5 Meter große Stein als Naturdenkmal noch bekannter werden.